

**„Deus pro nobis, quis contra nos?“**

**Anmerkungen zur Reichs- und Religionspolitik  
Kurfürst Joachims I. von Brandenburg**

Im traditionellen brandenburgisch-preußischen Geschichtsbild spielt Kurfürst Joachim I. von Brandenburg keine herausragende Rolle. Als erbitterter Gegner der Reformation will dieser Fürst in das borussische Idealbild der Hohenzollern als Wegbereiter eines fortschrittlich-protestantischen Musterstaates nicht recht hineinpassen; er wirkt hier eher wie ein Störfaktor. Ein Blick in den Berliner Dom macht dies auch heute noch deutlich. Hier – in jenem Monumentalbau der protestantischen Kirche altpreußischer Union, errichtet um 1900 im wilhelminischen Kaiserreich – finden sich als säkulare Heroen der Reformationsepoche vier Fürsten in Statuen verewigt: Neben Friedrich „dem Weisen“ von Sachsen und Philipp „dem Großmütigen“ von Hessen sind dies als Repräsentanten der Hohenzollern-Dynastie Herzog Albrecht von Preußen und Kurfürst Joachim II. von Brandenburg. Joachim I. dagegen fehlt, er würde in diese Reihe ganz und gar nicht hineinpassen; ihn muss man gleichsam unterschlagen, wenn man das erwünschte Bild von Brandenburg als vermeintlichem Kernland der Reformation vermitteln will.

Vor diesem Hintergrund hat sich die historische Forschung der Person und der langen, 36 Jahre währenden Regierungszeit Joachims I. nie besonders intensiv zugewandt, und eine moderne kritische Biographie des Kurfürsten fehlt ganz.<sup>1</sup> Hinzu kommt ein vergleichsweise fragmentarischer, ja dürftiger archivalischer Überlieferungsstand, der die Aufhellung vieler Bereiche erschwert.<sup>2</sup> So wird auch

- 1 Die wichtigste Literatur jüngst zusammengestellt bei Andreas Stegmann: Bibliographie zur brandenburgischen Reformationgeschichte, in: Karl-Heinrich Lütcke (Hrsg.): Quellen und Literatur zur Reformation in der Mark Brandenburg. Beiträge zur Erforschung der brandenburgischen Reformationgeschichte (= Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte [künftig zitiert: JBBKG]. Sonderband), Berlin 2015, S. 9–75. Ferner jetzt: Mathis Leibetseder: Zwischen Rom und Mainz, Wittenberg und Königsberg. Die politischen Berater von Kurfürst Joachim I. von Brandenburg und der Beginn der Reformation (1517–1535), in: Archiv für Reformationgeschichte 107 (2016), S. 7–34; ders.: Handlungsspielräume des Kurprinzen Joachim II. von Brandenburg am Hofe seines Vaters (1520–1535), in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte [künftig zitiert: FPBG] N.F. 25 (2015), S. 1–27.
- 2 Die kurbrandenburgische wie auch die preußische Aktenüberlieferung aus der Zeit Joachims I. findet sich im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem [künftig zitiert: GStA PK]; weitere Bestände im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, Potsdam-Golm. Vgl. dazu Klaus Neitmann: Quellen zur brandenburgischen Reformationgeschichte in Staats- und Kommunalarchiven Berlin Brandenburgs. Annäherungen an die archivalische Überlieferungslage, in: Lütcke, Quellen und Literatur, S. 77–114. Zusätzlich von Bedeutung sind die reichhaltigen fränkisch-brandenburgischen Akten in den Staatsarchiven Bamberg und Nürnberg sowie die Korrespondenzen mit der dänischen Verwandtschaft im Reichsarchiv (Rigsarkivet) Kopenhagen, letztere teilweise gedruckt in: Christian Christoph Andreas Lange u.a. (Hrsg.): Diploma-

der folgende Beitrag die Lücke nicht füllen und vielmehr nur ausgewählte Schlaglichter liefern können – mit dem Ziel, einige Grundzüge und Charakteristika des politischen Handelns des Kurfürsten herauszuarbeiten. Die Ergebnisse sollen u.a. in zwölf Thesen zusammengefasst werden.<sup>3</sup>

Beim Tod des Vaters, Kurfürst Johann von Brandenburg, 1499 hatte der erst 15-jährige Joachim seine erste Machtprobe zu bestehen, als er sich erfolgreich gegen die Vormundschaftsansprüche seines fränkischen Onkels Markgraf Friedrich durchsetzte und allein die Regierung in Kurbrandenburg übernahm.<sup>4</sup> Von Seiten des Oheims trug ihm dies den Vorwurf des unbedachten Eigensinns ein, der ihm – Joachim – in Zukunft noch schaden und Probleme bereiten werde.<sup>5</sup> Tatsächlich hat Joachim zunächst die Politik seines Vaters<sup>6</sup> weitgehend fortgeführt. Nach dem Konflikt mit Markgraf Friedrich hat er sich dabei noch weiter als Johann von den fränkischen Verwandten entfernt<sup>7</sup> (obwohl er selbst ja in Franken erzogen war<sup>8</sup>) und hat eine eher reichsferne, nach Norden und Osten ausgerichtete Politik betrieben. Nach Norden hin ergab sich schon 1502 der spektakuläre Erfolg der Eheschließung Joachims mit der dänischen Königstochter Elisabeth im Rahmen einer dänisch-brandenburgischen Doppelhochzeit, aus der potentielle Erbansprüche Kurbrandenburgs auf die Herzogtümer Holstein und Schleswig erwuchsen.<sup>9</sup> Nach Osten hin war Joachims frühe Politik vor allem darauf gerichtet, durch Ausgleich mit Polen den Anspruch der kurbrandenburgischen Lehnshoheit über Pommern zu festigen.<sup>10</sup> Erkennbar wird schon hier der klare Vorrang einer

tarium Norvegicum. Oldbreve til kundskab om Norges indre og ydre forholde [...], Bd. 1–23, Oslo 1840–2011.

- 3 Der vorliegende Beitrag bildet die erweiterte Fassung eines am 19. Mai 2016 im Rahmen des Vereins für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte gehaltenen Vortrages. Der Stil der mündlichen Rede und Charakter des Ganzen als thesenhafte Skizze sind weitgehend beibehalten. – Zahlreiche Anregungen, vor allem in der Quellenerschließung, verdanke ich den beiden von mir betreuten Qualifikationsschriften zu Joachims I. Reichs- und Religionspolitik von Janette Rau: B.A.-Arbeit Marburg (Philipps-Universität) 2011) und M.A.-Arbeit Berlin (Freie Universität) 2014.
- 4 Georg Schuster / Friedrich Wagner, Die Jugend und Erziehung der Kurfürsten von Brandenburg und Könige von Preußen, Bd. 1 (= Monumenta Germaniae Paedagogica 34), Berlin 1906, S. 280–308; Reinhard Seyboth, Die Markgräftümer Ansbach und Kulmbach unter der Regierung Markgraf Friedrichs des Älteren (1486–1515) (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften [künftig zitiert: SHKBA] 24), Göttingen 1985, S. 96–100.
- 5 Markgraf Friedrich an Joachim I., Ansbach 9.4.1499: Schuster/Wagner, Jugend und Erziehung, Bd. 1, S. 295.
- 6 Vgl. Richard Wolff: Politik des Hauses Brandenburg im ausgehenden 15. Jahrhundert (1486–1499). Kurfürst Johann und die Markgrafen Friedrich und Siegmund (= Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg 19), München/Leipzig 1919.
- 7 Seyboth: Markgräftümer, bes. S. 99–101.
- 8 Schuster/Wagner: Jugend und Erziehung, Bd. 1, S. 247–279.
- 9 Johann Gustav Droysen: Geschichte der preußischen Politik, 2. Aufl., Teil 2/Abt. 2, Leipzig 1870, S. 49–57; Schuster/Wagner: Jugend und Erziehung, Bd. 1, S. 308–322, 483–495. Die gleichzeitige zweite Eheschließung erfolgte zwischen Kurfürst Joachims Schwester Anna und Herzog Friedrich von Holstein.
- 10 Zur pommerschen Frage: Wolff: Politik des Hauses Brandenburg, S. 122–171; Seyboth, Markgräftümer, S. 58–75; Achim Beyer: Die kurbrandenburgische Außenpolitik im „langen 16. Jahrhundert“, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 147 (2011), S. 271–331, hier S. 274 f.

rein territorialen fürstlichen Interessenpolitik gegenüber einem etwaigen Engagement für Belange des Reiches. In dem großen Ringen um die Reichsreform zwischen 1500 und 1512 spielte Joachim allenfalls eine Nebenrolle.<sup>11</sup> Statt dessen konzentrierte er sich in Auseinandersetzungen mit dem märkischen Adel und den Städten auf die innere Konsolidierung seines Territoriums – mit durchaus nachhaltigem Erfolg.<sup>12</sup> Die Disziplinierung der heimischen Ritterschaft<sup>13</sup> wie auch die Gründung der Universität Frankfurt/Oder 1506<sup>14</sup> sind hier als zukunftsweisende Meilensteine zu nennen – zwei oft behandelte Kapitel der brandenburgischen Geschichte, von denen hier indes nicht näher die Rede sein soll. Immerhin sind jene Erfolge Joachims beim inneren Landesausbau stets im Auge zu halten, wenn man den Gesamtertrag seiner Politik angemessen erfassen und bewerten will.

Was die auswärtige Politik betraf, brachte im Norden im Jahr 1512 der Friedensschluss zwischen Dänemark und dem mächtigen Lübeck eine gewisse Einschränkung des bis dahin gewichtigen kurbrandenburgischen Einflusses.<sup>15</sup> Und auch im Osten waren bald eher Rückschläge zu verzeichnen. Obwohl 1511 mit Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach<sup>16</sup> ein Spross des fränkischen Zweiges der Hohenzollern die Hochmeisterwürde des Deutschen Ordens in Preußen und damit die machtpolitische Frontstellung Preußens gegen Polen übernommen hatte, hielt Kurfürst Joachim an seinem polenfreundlichen Kurs fest, der im

- 11 Hermann Wiesflecker: Kaiser Maximilian I. Das Reich, Österreich und Europa an der Wende zur Neuzeit, Bd. 1–5, Wien 1971–1986, hier Bd. 5, S. 34 f., 652. Nachdem Joachim den Reichstag zu Augsburg 1500 (u.a. zum Lehensempfang), verschiedene Kurfürstentage 1502/03 sowie den Reichstag zu Köln 1505 besucht hatte, erschien er danach zwölf Jahre lang auf keiner Reichsversammlung; Ingrid Männl: Die Vertretung Kurbrandenburgs bei den Reichstagen von 1487 bis 1555, in: Jürgen Kloosterhuis (Hrsg.): Aus der Arbeit des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, Berlin 1996, S. 17–46.
- 12 Übersicht bei: Johannes Schultze: Die Mark Brandenburg, Bd. 3 (1415–1535), Berlin 1963, S. 173–196; Felix Escher: Das Kurfürstentum Brandenburg im Zeitalter des Konfessionalismus, in: Ingo Materna / Wolfgang Ribbe (Hrsg.): Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 231–290, hier S. 235–251.
- 13 Friedrich Wagner: Joachim I. und die Raubritter, in: Zeitschrift für preußische Geschichte und Landeskunde 20 (1883), S. 344–358; Kurt Treusch von Buttlar: Der Kampf Joachims von Brandenburg gegen den Adel seines Landes, Dresden 1889; Walther Schotte: Fürstentum und Stände in der Mark Brandenburg unter Joachim I. (= Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg 15), Leipzig 1911.
- 14 Gustav Bauch: Die Anfänge der Universität Frankfurt a.O. und die Entwicklung des wissenschaftlichen Lebens an der Hochschule (1506–1540) (= Texte und Forschungen zur Geschichte der Erziehung und des Unterrichts in den Ländern deutscher Zunge 3), Berlin 1900; Heinrich Grimm: Dietrich von Bülow, Bischof von Lebus, in seinem Leben und Wirken. Gleichzeitig ein Beitrag zur Geschichte des Bistums Lebus wie zur Kultur- und Bildungsgeschichte des deutschen Ostens um 1500, in: Wichmann-Jahrbuch für Kirchengeschichte im Bistum Berlin 11/12 (1957/58), S. 5–98, hier S. 64–82; Michael Höhle: Universität und Reformation. Die Universität Frankfurt (Oder) von 1506 bis 1550 (= Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte 25), Köln 2002.
- 15 Droysen: Geschichte der preußischen Politik, Teil 2/2, S. 192 f.; Reinhold Koser: Geschichte der brandenburgischen Politik bis zum Westfälischen Frieden von 1648 (= Geschichte der brandenburgisch-preußischen Politik 1), 2. Aufl., Stuttgart/Berlin 1913, S. 192 f.
- 16 Walther Hubatsch: Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Deutschordens-Hochmeister und Herzog in Preußen 1490–1568 (= Studien zur Geschichte Preußens 8), Heidelberg 1960; Erich Joachim: Die Politik des letzten Hochmeisters in Preußen Albrecht von Brandenburg, Bd. 1–3 (= Publikationen aus den Kgl. Preußischen Staatsarchiven 50, 58, 61), Leipzig 1892–1895.

Februar 1514 in einen förmlichen Freundschaftsvertrag mit Polen mündete.<sup>17</sup> Als zugleich damals Kaiser Maximilian um eine große Koalition zugunsten des Deutschordensstaates *gegen* Polen warb – eine Koalition, die Sachsen, Brandenburg, Dänemark und das Großfürstentum Moskau umspannen sollte – winkte Joachim ab. Ausdrücklich ließ er damals verlauten, dass ihm Polen als bewährter christlicher Nachbar lieber sei als ein Zusammengehen mit den „ungläubigen Moskowitern“.<sup>18</sup> Als Reaktion darauf suchte Maximilian nun selbst die Verständigung mit Polen – es kam 1515 zu den berühmten Verträgen von Wien mit der Folge der habsburgisch-jagellonischen Doppelhochzeit, die für das Haus Österreich in Osteuropa so reiche Früchte tragen sollte.<sup>19</sup> In der borussischen Geschichtsschreibung ist dieser Schwenk des Kaisers von der Schutzpolitik für Preußen hin zum Bündnis mit Polen gern als Beleg für die vermeintliche Treulosigkeit Maximilians und der Habsburger hingestellt worden. In Wirklichkeit aber war es erst die Verweigerungshaltung der anderen präsumtiven Unterstützer Preußens – nicht zuletzt Kurbrandenburgs –, die Maximilian zu seiner Wendung veranlasste.<sup>20</sup> Wenn selbst der enge Verwandte des preußischen Hochmeisters in Berlin zu aktiver Unterstützung des Ordensstaats nicht bereit war und sich vielmehr mit dessen Todfeind Polen verband, warum sollte Maximilian sich dann bis aufs äußerste zugunsten Preußens exponieren? Indem der Kaiser nun selbst die polnische Karte zog, sah sich Joachim ganz einfach von der überlegenen habsburgischen Diplomatie ausmanövriert, und das brandenburgische Freundschaftsverhältnis zu Polen hatte angesichts der neuen habsburgisch-jagellonischen Verbrüderung entscheidend an Wert eingebüßt – mit der Folge übrigens, dass Joachim sich fortan doch wieder stärker zugunsten des brandenburgischen Vetters in dessen Abwehrkampf gegen Polen engagierte<sup>21</sup>.

Es ist möglich, aber nicht aktenmäßig belegbar, dass Joachim schon damals, 1514, sich aus Verärgerung über Maximilians Kurswechsel innerlich vom Kaiser abzuwenden begann. Grundsätzlich aber gilt, dass der junge Kurfürst in den ersten 15 Jahren seiner Regentschaft die traditionelle brandenburgische Politik der Anlehnung sowohl an das Kaiserhaus als auch an die römische Kurie fortführte – jene Politik, der die Hohenzollern ihren Aufstieg vom fränkischen Burggrafentum zu einer der führenden Dynastien im Reich ganz wesentlich ja zu verdanken hatten<sup>22</sup>. Markgraf Friedrich und sein ab 1515 in Franken regierender Sohn

17 Adolf Friedrich Riedel u.a. (Hrsg.): *Codex diplomaticus Brandenburgensis*. Sammlung der Urkunden, Chroniken und sonstigen Quellenschriften für die Geschichte der Mark Brandenburg und ihrer Regenten [künftig zitiert: CDB], 41 Bde., Berlin 1838–1869, hier Bd. II/6, S. 258–263; Schultze: *Die Mark Brandenburg*, Bd. 3, S. 215 f.; Seyboth: *Markgräftümer*, S. 400–405.

18 Koser: *Geschichte der brandenburgischen Politik*, S. 195–197; Joachim: *Die Politik des letzten Hochmeisters*, Bd. 1, S. 74, 76, 80, 233.

19 Wiesflecker: *Kaiser Maximilian*, Bd. 4, S. 178–205, 565–573, bes. S. 178 f., 204 f.

20 In Auseinandersetzung mit der älteren Literatur überzeugend hierzu: Hermann Wiesflecker: Maximilian I., der Deutsche Orden und Polen, in: *Geschichte und ihre Quellen*. Festschrift für Friedrich Hausmann zum 70. Geburtstag, hrsg. von Reinhard Härtel, Graz 1987, S. 211–219.

21 Schultze: *Die Mark Brandenburg*, Bd. 3, S. 216–218; Leibetseder: *Handlungsspielräume*, S. 17–20.

22 Seyboth: *Markgräftümer*, S. 21–25.

Kasimir standen ihr Leben lang für jene Politik der fast bedingungslosen Kaiserstreue, einer „übersteigerten“ Ergebenheit gegenüber dem Haus Habsburg, wie der moderne Biograph beider Fürsten, Reinhard Seyboth, kritisch vermerkt hat.<sup>23</sup> Kurfürst Joachim dagegen hat erkennbar ab Frühjahr 1517 sich von dieser politischen Grundlinie abgewandt und eine Wendung *gegen* die Habsburger vollzogen.

Um die Gründe für Joachims politische Neuausrichtung zu begreifen, müssen wir zuerst die großen Erfolge ins Auge fassen, die das Haus Kurbrandenburg in den Jahren 1513/14 feiern konnte – Erfolge, die zugleich den Sprung der märkischen Hohenzollern von relativer Reichsferne mitten ins Zentrum der Reichspolitik bedeuteten: Im August 1513 konnte die Wahl von Joachims Bruder, dem damals 23-jährigen Albrecht, zum Erzbischof von Magdeburg erreicht werden – gefolgt von dessen Erhebung auch im Bistum Halberstadt –, und im März 1514 wurde Albrecht dann sogar zum Erzbischof von Mainz gewählt.<sup>24</sup> Die Wahl Albrechts in Magdeburg, die gegen einen vergleichsweise schwachen wettinischen Kandidaten und eher nur entfernt chancenreiche Wittelsbacher Hoffnungsträger errungen wurde, konnte dabei noch als gleichsam „normaler“ regionalpolitischer Erfolg verbucht werden – eine Machtverschiebung, die die unterlegenen Dynastien ohne große Verwerfungen hinzunehmen bereit waren. Die Wahl Albrechts zum Erzbischof von Mainz, verbunden mit der Kurwürde und dem Amt des Reichserzkanzlers, hatte dagegen eine andere Dimension, schon deshalb, weil sie den Hohenzollern nun zwei Stimmen im Kurkolleg einbrachte. Erwartet worden war im Reich eher die Wahl eines Wittelsbacher Prätendenten – Herzog Ernst von Bayern oder einer der Pfalzgrafen-Brüder –, zumal deren Ambitionen vom Kaiser unterstützt wurden. Maximilian hatte dem Mainzer Domkapitel seinen Neffen Herzog Ernst empfohlen und vor der Wahl des jungen Brandenburgers ausdrücklich gewarnt.<sup>25</sup> Markgraf Albrechts kometenhafter Aufstieg, obwohl er noch keineswegs das kanonisch vorgeschriebene Alter erreicht hatte, stieß mithin im Reich auf erhebliche Vorbehalte. Das Mindeste, was man nun, geradezu als Selbstverständlichkeit, erwartete, war, dass Albrecht bei Inbesitznahme des Mainzer Erzstuhles das Magdeburger Erzbistum wieder freigeben würde, so dass dort jetzt einer der vorher unterlegenen Kandidaten zum Zuge kommen konnte: Herzog Georg von Sachsen machte sich wieder Hoffnungen für seinen erst zehnjährigen Sohn Friedrich, die Wittelsbacher sahen Herzog Ernst von Bayern als neuen Metropolen von Magdeburg, und mit Kardinal Matthäus Lang, dem

23 Reinhard Seyboth: Markgraf Kasimir von Ansbach-Kulmbach (1481–1527), in: Fränkische Lebensbilder 15 (1993), S. 17–36 (Zitat S. 21); ders.: Die Reichspolitik Markgraf Kasimirs von Ansbach-Kulmbach von 1498 bis 1527, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 50 (1987), S. 63–108 (S. 69: „überzogene Habsburgtreue“). Zu Joachims I. von Anfang an reservierterer Haltung gegenüber Kaiser Maximilian: Wiesflecker: Kaiser Maximilian, Bd. 5, S. 34.

24 Kurt Runge: Die Wahlen des Markgrafen Albrecht von Brandenburg (gest. 1545) zum Erzbischof von Magdeburg und Mainz und zum Administrator von Halberstadt, Phil. Diss. (masch.) Halle 1921; Fritz Mehl: Die Mainzer Erzbischofswahl vom Jahre 1514 und der Streit um Erfurt in ihren gegenseitigen Beziehungen, Phil. Diss. Bonn 1905.

25 Fritz Herrmann (Hrsg.): Die Protokolle des Mainzer Domkapitels, Bd. 3/1, Paderborn 1932, S. 1–8, bes. S. 5–7; Mehl: Mainzer Erzbischofswahl, S. 58–61, 66; Aloys Schulte: Die Fugger in Rom 1495–1523, Bd. 1–2, Leipzig 1904, hier Bd. 1, S. 99–103.

Bischof von Gurk, trat auch einer der besonderen Günstlinge Kaiser Maximilians auf den Plan.<sup>26</sup> Da aber geschah es, dass die brandenburgischen Unterhändler in Rom im Sommer 1514 beim Papst zu ihrer eigenen Überraschung das Maximalziel erreichen konnten, wonach Markgraf Albrecht gegen Zahlung enormer Dispensgebühren alle drei Stifte, also auch beide Erzbistümer, in seiner Hand vereinen durfte<sup>27</sup> – eine in Deutschland bisher nie dagewesene Kumulation geistlicher Herrschaft.

Man muss hier anmerken, dass jene Verhandlungen 1514 in Rom von Gesandten geführt wurden, die wie Johann Blankenfeld und Busso von Alvensleben primär Kurfürst Joachim verpflichtet waren und dass dieser als älterer Bruder den Aufstieg Albrechts von Berlin aus wesentlich lenkte. So konnte Joachim die spektakulären Erfolge Albrechts zu Recht als gemeinsame Errungenschaft der Brüder verzeichnen, wenn er damals in einem Schreiben an Albrecht triumphierend das Pauluswort für die eigene Sache in Anspruch nahm: „Deus pro nobis, quis contra nos“ – *Gott für uns, wer mag wider uns sein*.<sup>28</sup> Das hier so selbstgewiss vorgebrachte Bibelzitat spiegelt das dynastische, an Hybris grenzende Hochgefühl, von dem sich Joachim beflügelt sah. Angesichts der gewaltigen, binnen zwölf Monaten erreichten Triumphe der Hohenzollern konnte mit Gottes Hilfe vieles noch für das Haus Brandenburg möglich erscheinen.

Was Joachim offenbar wenig kümmerte, war die Reaktion der anderen reichspolitischen Akteure, die auf die neue Konstellation hin zu erwarten war. Im Gegenteil: Die Briefäußerungen des Kurfürsten wie auch seines Chefunterhändlers Johann Blankenfeld aus jener Zeit<sup>29</sup> zeugen von einer gewissen Bedenken- und Rücksichtslosigkeit hinsichtlich des Echos anderer Reichsstände auf den rasanten brandenburgischen Machtzuwachs und das anstößige Arrangement mit der Kurie. Für die älteren Dynastien im Reich, allen voran Wittelsbacher, Wettiner und Habsburger galten die Hohenzollern weiterhin ja als nicht voll ebenbürtige Emporkömmlinge<sup>30</sup>, und ihr jetziger Höhenflug forderte ganz natürlich Missgunst und Widerstände heraus. Was die Empörung gegen Erzbischof Albrechts Ämterkumulation betrifft, haben wir diverse Äußerungen dazu in Humanisten-

26 Johann Sallaberger: Kardinal Matthäus Lang von Wellenburg (1468–1540). Staatsmann und Kirchenfürst im Zeitalter von Renaissance, Reformation und Bauernkriegen, Salzburg 1997, S. 102–104, 115, 117f.; Christoph Volkmar: Reform statt Reformation. Die Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen 1488–1525 (= Spätmittelalter, Humanismus, Reformation 41), Tübingen 2008, S. 187–189. Grundlegend ferner die Forschungen von A. Schulte: siehe folgende Anm.

27 Schulte: Die Fugger in Rom, Bd. 1, S. 102–141, Bd. 2, S. 86–120, 230–233.

28 Joachim I. an Erzbischof Albrecht, Cölln 6.6.1514: Schulte: Die Fugger in Rom, Bd. 2, S. 232.

29 Schulte: Die Fugger in Rom, Bd. 2, bes. S. 69. Zu Blankenfeld: Wilhelm Schöning Johannes Blankenfeld. Ein Lebensbild aus den Anfängen der Reformation (= Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte 86), Halle 1905; Christiane Schuchard: Johann Blankenfeld († 1527) – eine Karriere zwischen Berlin, Rom und Livland, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 2002, S. 27–56.

30 Cordula Nolte: Familie, Hof und Herrschaft. Das verwandtschaftliche Beziehungs- und Kommunikationsnetz der Reichsfürsten am Beispiel der Markgrafen von Brandenburg-Ansbach (1440–1530) (= Mittelalter-Forschungen 11), S. 35–40.

briefen<sup>31</sup>, auch einige entschiedene Aussagen von Herzog Georg<sup>32</sup>, aber man müsste einmal systematischer in den Archivbeständen der Jahre 1514/15 danach suchen. Ablesen lässt sich der Unmut jedenfalls indirekt an der Politik der konkurrierenden Dynastien gegenüber den Brandenburgern in den Folgejahren, speziell auch an deren Verhalten gegenüber dem von Albrecht zur Finanzierung seiner Dispensgebühren mit der Kurie vereinbarten großen Ablassprojekt. Denn dass hier ein Zusammenhang bestand, war den politisch Informierten im Reich von Anfang an klar.<sup>33</sup> So war es kein Zufall, wenn Kaiser Maximilian die Zulassung des Mainzer Ablasses im Reich um Monate verzögerte, die Laufzeit verkürzte und dem Erzbischof 3.000 Gulden als Gebühr seinerseits dafür abverlangte. Aus den wettinischen und wittelsbachischen Territorien wurde der Ablass generell ausgesperrt, und auch in anderen weltlichen wie geistlichen Territorien stieß Albrecht auf massiven Widerstand.<sup>34</sup>

Besondere Schärfe erhielt in den Jahren nach 1514 der brandenburgisch-wettinische Gegensatz, der sich vor allem an der Frage der Oberhoheit über die thüringische Metropole Erfurt entzündete. Seit Jahren schwelte dieser Konflikt, und für das Mainzer Domkapitel hatte ein Hauptmotiv für die Wahl Albrechts zum Erzbischof gerade darin bestanden, dass man vom Hause Hohenzollern – wie durch Albrecht und Joachim zugesagt – die nötige effektive Unterstützung erwartete, um die Wettiner hier in die Schranken zu weisen. Allein die Brandenburger, so schien es, konnten als genügend potente Regionalmacht erscheinen, um das Erfurter Gebiet für Kurmainz zu sichern. Tatsächlich aber sahen die Wettiner sich

31 Mutianus Rufus (Herbst 1514): Der Briefwechsel des Conradus Mutianus, bearb. von Karl Gillerlert, Teil 1, Halle 1890, S. 103f.; Bernhard Adelmann (Januar 1518): Willibald Pirckheimers Briefwechsel, Bd. 3, hrsg. von Dieter Wuttke, München 1989, S. 275f. Vgl. auch Paul Lang (ca. 1516), zitiert bei Runge: Die Wahlen des Markgrafen Albrecht, S. 85. Die Kritik der reformerischen Kräfte an Albrechts Ämterhäufung wurde nicht zuletzt dadurch gedämpft, dass der Hohenzollernprinz sich als Erzbischof von Anfang an (z.B. durch seine Einladung an Erasmus von Rotterdam und die Indienstnahme Ulrichs von Hutten) stark der Humanistenpartei näherte und dadurch öffentliche Sympathien errang: Sigrid von der Gönna: Albrecht von Brandenburg als Büchersammler und Mäzen der gelehrten Welt, in: Friedhelm Jürgensmeier (Hrsg.): Erzbischof Albrecht von Brandenburg (1490–1545). Ein Kirchen- und Reichsfürst der Frühen Neuzeit, Frankfurt a.M. 1991, S. 381–477; W.E. Winterhager: „Ich dachte für war, Er were ein Engel“. Albrecht von Brandenburg im Urteil seiner Zeitgenossen, in: Andreas Tacke u.a. (Hrsg.): Der Kardinal. Albrecht von Brandenburg, Renaissancefürst und Mäzen (Ausstellungsbände), Bd. 2: Essays, Regensburg 2006, S. 131–168.

32 Felician Geß (Hrsg.): Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen, Bd. 1–2 (= Schriften der Kgl. Sächsischen Kommission für Geschichte 10, 22), Leipzig 1905–1917, hier Bd. 1, S. 35–37, vgl. S. 6f., 10f., 28f. (gegen den von Erzbischof Albrecht verantworteten Ablass-„Betrug“); Volkmar: Reform statt Reformation, S. 188f.

33 Vor dem Speyrer Domkapitel z.B. hat der Mainzer Generalvikar Dietrich Zobel diesen Konnex im Februar 1517 offen zugegeben: Erzbischof Albrecht habe sich für die Beibehaltung der beiden Erzbistümer Mainz und Magdeburg dem Papst verpflichten müssen, den Petersablass in diesen Kirchenprovinzen zu vertreiben. Manfred Krebs (Bearb.): Die Protokolle des Speyrer Domkapitels, Bd. 1 (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg A 17), Stuttgart 1968, S. 457.

34 Dazu jetzt: W.E. Winterhager: Die Verkündigung des St. Petersablasses in Mittel- und Nordeuropa 1515–1519: Politische Bedingungen und Konsequenzen, in: Andreas Rehberg (Hrsg.): Ablasskampagnen des Spätmittelalters. Luthers Thesen von 1517 im Kontext (= Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom 132), Berlin 2017, S. 565–610.

durch das geballte Vordringen der Hohenzollern in der Erfurter Frage nur um so schärfer zum Gegendruck veranlasst, so dass die lange zwischen Mainz und Sachsen schwankende Erfurter Stadtregierung sich im Oktober 1516 für eine vertragliche Bindung an die Wettiner unter Anerkennung von deren Schutz- und Schirmherrschaft entschied.<sup>35</sup> Wichtiger noch: Kaiser Maximilian als Reichsoberhaupt besiegelte die mainzische Niederlage, indem er durch ein Mandat vom 19. März 1517 faktisch den für Sachsen nun so günstigen neuen Status quo um Erfurt bestätigte.<sup>36</sup>

Just in den Tagen nach Bekanntwerden jenes sachsenfreundlichen Kaiserman-dats brach Joachim Ende März / Anfang April zu einer Reise zu Maximilian in die Niederlande auf.<sup>37</sup> Es war das erste Mal seit 12 Jahren, seit dem Kölner Reichstag 1505, dass der Kurbrandenburger den alternden Kaiser persönlich traf, wobei es offiziell vor allem um die von Maximilian betriebene römische Königswahl gehen sollte. Natürlich aber drängte Joachim bei diesem Anlass auch auf eine Revision der kaiserlichen Position zur Erfurter Frage – indes zu Joachims herber Enttäuschung ohne Erfolg. Auch auf der Rückfahrt von den Niederlanden blieb der Erfurter Streit für Joachim zentrales Thema: Vor dem Domkapitel in Mainz erneuerte er im Juni 1517 seine Zusage, gemeinsam mit dem Bruder Erfurt beim Kurerzbistum erhalten zu wollen<sup>38</sup>, von den Wettinern forderte er vehement neue Verhandlungen<sup>39</sup> und beim Durchritt durch Erfurt im Juli auf dem Weg zurück nach Berlin machte er der Stadt seine Ungnade in brüsker Form deutlich<sup>40</sup>.

Bei den Verhandlungen in Brabant hatte Kurfürst Joachim außerdem gehofft, als Gegenleistung für die Zusage seiner Königswahlstimme zugunsten von Maximilians Enkel, Karl von Spanien, eine Eheabrede für seinen Sohn, Joachim II., mit der Infantin Caterina (Karls jüngster Schwester) zu erlangen. Auch in dieser

35 Zum Erfurter Streit in der Phase 1514–1516/17 reiches Material in den Mainzer Domkapitelsprotokollen (siehe Anm. 25) sowie Mehl: Mainzer Erzbischofswahl, S. 83–91; Carl August Hugo Burkhardt: Das tolle Jahr zu Erfurt und seine Folgen, in: Archiv für sächsische Geschichte 12 (1874), S. 337–426, hier S. 410–422; Ulman Weiß: Erwartung und Enttäuschung. Erzbischof Albrecht im Urteil des Erfurter Rates, in: Jürgensmeier: Erzbischof Albrecht, S. 156–178, hier S. 158–172.

36 Erklärung Maximilians I., Dendermonde 19.3.1517: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Reg. G 239, unfoliiert, sowie Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Standort Wernigerode, Rep. A 37b I, Tit. 3, Nr. 6, fol. 63f.

37 CDB, Chronologisches Register, Bd. 2, S. 489; Eduard Jacobs (Hrsg.): Briefwechsel Kardinal-Erzbischof Albrechts mit seinem Hofmeister Botho, Grafen zu Stolberg-Wernigerode, aus dem Jahre 1517, in: Geschichtsblätter für Stadt und Land Magdeburg 10 (1875), S. 291; ferner Beleg wie Anm. 41.

38 Herrmann: Die Protokolle des Mainzer Domkapitels, Bd. 3/1, S. 121, vgl. S. 117, 119.

39 Die sächsischen Akten dazu in Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Reg. G 238 und Reg. A 214–215, sowie Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Loc. 9847: Erfurtische Händel 1514–1520. Auch Joachims frühe entschiedene Positionierung gegen Luther ist im Kontext seiner durch den Erfurter Streit um 1517 verschärften Frontstellung gegen Kursachsen zu sehen. Vgl. W.E. Winterhager: Kurbrandenburg als Zentrum des Kampfes gegen Luther. Die Entwicklung der frühen Jahre und ein Quellenfund aus dem März 1518, in: Wichmann-Jahrbuch des Diözesangeschichtsvereins Berlin 34/35 (1994/95), S. 113–140.

40 Richard Thiele (Bearb.): Erphurdianus Antiquitatum Variloquus Incerti Auctoris (= Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete 42), Halle 1906, S. 245 f.

Beziehung aber wurde er vom Kaiser enttäuscht.<sup>41</sup> Dies war nun der Punkt, an dem sich Joachim dem König von Frankreich, Franz I., zuwandte, mit dem fortan enge Kontakte geknüpft wurden.<sup>42</sup> Als im Folgejahr auf dem Augsburger Reichstag 1518 sich eine klare Mehrheit im Kurkolleg für die Wahl Karls von Spanien abzeichnete, schwenkte Joachim zwar noch einmal ins Habsburger Lager zurück<sup>43</sup>, doch nach dem Tod Maximilians im Januar 1519 schlug sich der Brandenburger Kurfürst dann endgültig auf die Seite des französischen Königs, für dessen Wahl er nun zusammen mit dem Trierer Kurerzbischof warb.<sup>44</sup>

Die öffentliche Wahrnehmung der Abkehr des Kurbrandenburgers vom Hause Österreich wurde noch dadurch verstärkt, dass sie im scharfen Dissens mit seinem Bruder Albrecht geschah, der seinerseits treu zu Habsburg stand. Als Joachim den Bruder mit allen, auch unlauteren Mitteln nötigen wollte, sich ebenfalls für Frankreich zu entscheiden, schlug Albrecht zurück mit dem Vorwurf, sein Bruder sei ein Narr, der sich selbst ins Unglück stürzen und zwischen allen Stühlen wiederfinden werde. Statt den dynastischen Glücksfall zweier Kurstimmen für eine konzertierte hohenzollerische Reichspolitik zu nutzen, bekämpfte man sich im spektakulären, vor aller Augen ausgetragenen Bruderzwist.<sup>45</sup>

Erzbischof Albrecht hatte seit Frühjahr 1518 – nicht zuletzt wohl infolge der schmerzlichen Erfahrungen um Erfurt – einen grundlegenden Kurswechsel vollzogen. Man hat den Eindruck, dass Albrecht inzwischen unter dem Einfluss seiner erfahrenen Räte begriffen hatte, dass eine Politik der fortgesetzten Konfrontation den mainzischen und magdeburgischen Interessen auf Dauer nur schaden konnte. So suchte der Erzbischof auf verschiedenen Feldern die Verständigung mit den Wettinern – kulminierend in einem längeren Besuch bei Kurfürst Friedrich von Sachsen im Januar 1519.<sup>46</sup> Auch auf die Kurpfalz ging Albrecht damals zu, vor allem aber stellte er sich in Sachen der Königswahl vor und auch nach dem Tod Maximilians ganz in den Dienst der Habsburger und wurde deren wichtigste Stütze im „Wahlkampf“ gegen Frankreich.<sup>47</sup> Es war sozusagen eine Art

41 Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V. (= Jüngere Reihe), hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften [künftig zitiert: RTA/JR], Bd. 1, Gotha 1893, S. 63 f.

42 RTA/JR, Bd. 1, S. 11–13, 29–49, 55 f., 63–67; August Sannes: Die brandenburgische und mainzische Kurstimme bei der Kaiserwahl Karls V., in: FBPG 14 (1901), S. 1–18, hier S. 1–9.

43 RTA/JR, Bd. 1, S. 87 f., 103–108.

44 RTA/JR, Bd. 1, S. 131–140; Bernhard Weicker: Die Stellung der Kurfürsten zur Wahl Karls V. im Jahr 1519 (= Historische Studien 22), Berlin 1901, S. 20–33. Vgl. auch Walter Delius: Kurfürst Joachim I. und die Wahl Karls von Spanien zum deutschen König im Jahre 1519, in: JBBKG 46 (1971), S. 9–34.

45 Zu dem ganzen Komplex ausführlicher mit detaillierten Belegen: W.E. Winterhager: Das Haus Brandenburg und die französische Kaiserkandidatur 1519, in: Sven Externbrink / Jörg Ulbert (Hrsg.): Formen internationaler Beziehungen in der Frühen Neuzeit. Frankreich und das Alte Reich im europäischen Staatensystem. Festschrift für Klaus Malettke zum 65. Geburtstag, Berlin 2001, S. 299–334.

46 Dazu mit Einzelnachweisen: W.E. Winterhager: Aus dem Schatten des großen Bruders. Zur Entwicklung der politischen Persönlichkeit Erzbischof Albrechts von Brandenburg, in: Andreas Tacke (Hrsg.): Kontinuität und Zäsur. Ernst von Wettin und Albrecht von Brandenburg, Göttingen 2005, S. 71–90, hier S. 81–84.

47 Winterhager: Haus Brandenburg, S. 319–329; Winterhager: Aus dem Schatten, S. 81 f., 84–88.

Bismarckscher Saturierungspolitik, die Albrecht jetzt betrieb: Im Unterschied zu den immer weiter, immer noch höher strebenden Plänen des Bruders in Berlin beschränkte er sich auf die Sicherung der bis 1514 erreichten Machtstellung.

Dies führt uns zu unserem ersten Thesenblock:

**These 1:** *Die negativen politischen Folgen des brachialen Aufstiegs der Hohenzollern 1513/14 und der weithin im Reich als skandalös empfundenen Ämterkumulation Albrechts werden von Joachim I. nicht angemessen kalkuliert. Während Albrecht selbst bald die Notwendigkeit eines defensiven, eigene Interessen zurückstellenden Arrangements mit den Wettinern, Wittelsbachern und vor allem mit Habsburg erkennt, steigert sich Joachim immer stärker in eine konfrontative Linie, die ihn in die politische Isolierung führt.*

**These 2:** *Die konfrontative Ausrichtung der kurbrandenburgischen Politik – zunächst primär auf Kursachsen zielend, seit 1517 dann auch als akute Entfremdung von den Habsburgern – treibt Joachim in das Abenteuer der vom Bruder Albrecht getrennten Bindung an Frankreich, deren Risiken er offenbar falsch einschätzt und für die er über Jahre einen hohen politischen Preis zu bezahlen hat.*

**These 3:** *Die Art, wie Joachim dabei im Kaiserwahlkampf 1519 die weitschauenden, besonnenen Ratschläge seines Bruders in den Wind schlägt, vermittelt den Eindruck eines realitätsfern agierenden, beratungsresistenten Fürsten, der die Regeln des reichspolitisch-diplomatischen Spiels ignoriert und außenpolitisch eigenständige Spielräume zu besitzen meint, die ihm tatsächlich nicht zukommen.*

Für Joachims Parteinahme zugunsten des französischen Königs waren neben reichen Geldzahlungen zwei Zusagen maßgebend: zum einen das Versprechen eines Ehebundes Joachims II. mit Renata, der Schwägerin Franz' I., zum anderen vor allem die Zusicherung, dass Joachim I. im Fall der Wahl von Franz zum römisch-deutschen König bzw. Kaiser als dessen Statthalter im Reich, als Reichsverweser, eingesetzt würde. Für den Fall, dass Franz selbst keine Mehrheit im Kurkolleg erlangen konnte, wurde als Ersatzlösung sogar die Eigenkandidatur Joachims bei der Kaiserwahl vorgesehen.<sup>48</sup> Von grenzenlosem Ehrgeiz beseelt – „Deus pro nobis“ – schien sogar die Kaiserwürde dem Kurfürsten als Ziel nicht zu hoch.

Beim Wahlvorgang selbst Ende Juni 1519 gab Joachim, als der Erfolg Karls V. ohnehin feststand, dem Habsburger im letzten Moment auch seine Stimme<sup>49</sup>, an seinem profranzösischen Kurs aber hielt er weiterhin fest. Im Zuge der Hildes-

48 RTA/JR, Bd. 1, S. 131–139; Winterhager: Haus Brandenburg, S. 304f., 309f., 333. – Der Begriff „Kaiserwahl“ wird hier der Einfachheit halber gebraucht, obschon es verfassungsrechtlich zunächst nur um die Wahl zum römisch-deutschen König ging, auf die erst nach der Krönung in Aachen die Annahme des Kaisertitels folgte.

49 RTA/JR, Bd. 1, S. 853f. (S. 854: am Wahltag 28.6.1519 von Joachim notariell niedergelegte Protestation, „das ich disse waele aus rechter forcht thue und nicht aus rechtem wissen“).

heimer Stiftsfehde schmiedete der Kurbrandenburger im Juni 1520 ein indirekt an Frankreich angelehntes norddeutsches Sechs-Fürsten-Bündnis, doch die scharfe habsburgische Reaktion hierauf ließ Joachim zunächst zurückweichen und die offene Opposition gegen Karl aufgeben. Dass sein Hauptverbündeter in Norddeutschland, Herzog Heinrich von Braunschweig-Lüneburg, sich unter dem Druck der Habsburger ins französische Exil getrieben sah, musste Joachim jetzt tatenlos ansehen.<sup>50</sup> Er selbst schien unter den gegebenen Machtverhältnissen nun doch auf das neugewählte Reichsoberhaupt zuzugehen. Den Krönungsfeierlichkeiten in Köln und Aachen im Herbst 1520 zwar blieb Joachim als einziger der sechs deutschen Kurfürsten fern, doch hatte er schon Mitte August ein langes Rechtfertigungsschreiben an Karl verfasst, das nun in Köln durch seinen Bruder Albrecht dem Habsburger vorgetragen wurde. In diesem Schreiben erläuterte Joachim, wie seine Freundschaft zu Frankreich entstanden sei, dass Kaiser Maximilian den Plan des Ehebundes für Joachim II. mit Prinzessin Renata 1517 ausdrücklich gutgeheißen habe, dass man den 1518 zugesagten Alternativplan einer Ehe mit Karls Schwester Caterina von Habsburger Seite nicht eingehalten habe und dass er, der Kurbrandenburger, sich gleichwohl seit der Kaiserwahl Karls loyal verhalten und keinen Kontakt mehr zu Frankreich unterhalten habe. Der norddeutsche Bündnisvertrag vom Juni 1520, dessen Text Joachim an Karl überreichen ließ, habe nur die regionale Friedenssicherung zum Ziel gehabt und enthalte keinerlei profranzösische Komponente oder Spitze gegen Karl. Vor dem Hintergrund dieser Schilderung trug Joachim sodann mit erstaunlichem Selbstbewusstsein seine Anliegen vor: Für die Dienste, die er Karl zu leisten bereit sei, möge man ihm ein angemessenes Jahrgeld bewilligen und vor allem die versprochene Ehe Caterinas mit Joachim II. nun wirklich vertraglich vereinbaren. Andernfalls solle Karl es sich „nicht wol lassen missfallen“, wenn die Brandenburger an der Heiratsabrede mit Renata festhielten, zumal die Wahl des Ehepartners jedem Fürsten ja freistehe.<sup>51</sup>

Karl V. antwortete hierauf Ende November 1520 mit einem freundlichen Schreiben an Joachim, das ihm die gleiche Gunst wie seinem Bruder Albrecht verhieß und den Brandenburger dringend einlud zum kommenden Reichstag nach Worms.<sup>52</sup> Tatsächlich erschien Joachim Anfang Februar 1521 in Worms und erwies sich hier als der im Vorgehen gegen Luther zuverlässigste Gefolgsmann Karls unter den weltlichen Fürsten.<sup>53</sup> Zugleich aber hatte Joachim schon im

50 RTA/JR, Bd. 2, S. 18, 21, 26–34, 103 f., vgl. S. 73; CDB, Bd. II/6, S. 306–312. Zur Gesamtproblematik französischer Allianzen deutscher Reichsstände gegen die Übermacht des Hauses Habsburg: W.E. Winterhager: „Verrat“ des Reiches, Sicherung „deutscher Libertät“ oder pragmatische Interessenpolitik? Betrachtungen zur Frankreich-Orientierung deutscher Reichsfürsten im Zeitalter Maximilians I. und Karls V., in: Klaus Malettke / Christoph Kampmann (Hrsg.): Französisch-deutsche Beziehungen in der neueren Geschichte. Festschrift für Jean Laurent Meyer zum 80. Geburtstag, Berlin 2007, S. 17–66.

51 RTA/JR, Bd. 2, S. 105–114.

52 RTA/JR, Bd. 2, S. 106.

53 Zu Kurfürst Joachims Engagement gegen Luther in Worms siehe vor allem die Berichte des päpstlichen Nuntius Aleander: Theodor Brieger (Hrsg.): Aleander und Luther 1521. Die vervollständigten Aleander-Depeschen. Nebst Untersuchungen über den Wormser Reichstag

Oktober 1520 und neuerlich im Januar 1521 doch wieder die Verbindung zum französischen König aufgenommen und diesen aufgefordert, die im Wahljahr gemachten Zusagen betreffs jährlichen Dienstgeldes an den Brandenburger und des Ehebundes mit Renata zu halten, weil er – Joachim – sich sonst anderweitig orientieren müsse. Hinsichtlich der Wirkungen des norddeutschen Bündnisses machte Joachim dem Franzosenkönig dabei mehr Hoffnung, als es der realen Lage entsprach. Ganz offen pflegte Joachim in Worms den Kontakt zum französischen Gesandten, und die Habsburger Diplomatie war hierüber gut informiert.<sup>54</sup> In einem persönlichen Gespräch, in dem Joachim auf seine Wünsche an Karl zurückkam, warnte der Kaiser: Joachim könne nicht zwei einander feindlichen Herren gleichzeitig dienen. Zuerst müsse er seine Verbindung zu Franz I. aufgeben und auf dessen Jahrgeld verzichten, ehe man über weiteres verhandeln könne. Sofern dies nicht geschehe, werde Karl sich gegen den Markgrafen „dermassen erzeigen, das er befinden solt, dass er sein her“ sei.<sup>55</sup> Joachim aber ließ sich hiervon nicht einschüchtern und konnte Anfang April die Meldung aus Frankreich als Erfolg verbuchen, dass König Franz ihm die fälligen Pensionen auszahlen lasse und die Gültigkeit der Eheabrede mit Renata bestätige.<sup>56</sup> Der Brandenburger Kurfürst zeigte daraufhin den erneuerten Eheplan zwischen Joachim II. und Renata sogleich dem Kaiser in Worms an<sup>57</sup> – nur wenige Wochen, bevor er diesem bei der Verkündung des Wormser Edikts gegen Luther assistierte<sup>58</sup>.

Als Kurfürst Joachim am 27. Mai 1521 Worms verließ, hoffte er noch immer auf ein fortan harmonisches Verhältnis zu Karl V.; selbst die Hoffnung auf ein künftiges Jahrgeld des Kaisers hatte er nicht aufgegeben.<sup>59</sup> Doch rasch schon wurde er eines Besseren belehrt, als der Kaiser gleich in den Tagen nach Joachims Abreise scharf gegen dessen lüneburgisch-norddeutsche Allianzpartner vorging<sup>60</sup> und zudem den Herzog von Pommern als Reichsfürsten feierlich be-

(= Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte [künftig zitiert: QFRG] 1), Gotha 1884; Paul Kalkoff: Die Depeschen des Nuntius Aleander vom Wormser Reichstage 1521 [in deutscher Übersetzung], 2. Aufl., Halle 1897. Generell zu Joachims Rolle in Worms: Gerd Heinrich: Kurfürst Joachim I. von Hohenzollern, Markgraf von Brandenburg, in: Fritz Reuter (Hrsg.): Der Reichstag zu Worms von 1521. Reichspolitik und Luthersache, Worms 1971, S. 336–351.

54 RTA/JR, Bd. 2, S. 31, 33 f., 776–779.

55 Als Quelle für dieses Gespräch stehen uns nur die rückschauenden Mitteilungen zur Verfügung, die Pfalzgraf Friedrich im Mai 1523 dem kursächsischen Regimentsrat Planitz machte: Hans von der Planitz: Des kursächsischen Rates Berichte aus dem Reichsregiment in Nürnberg 1521–1523 (= Schriften der Kgl. Sächsischen Kommission für Geschichte 1), Leipzig 1899, S. 410.

56 RTA/JR, Bd. 2, S. 778, 866, vgl. S. 832, 847.

57 RTA/JR, Bd. 2, S. 778, 866. In der Verfolgung des französischen Eheprojekts für seinen Sohn konnte Joachim I. sich damals um so mehr bestätigt sehen, als seit Februar 1521 Karls Schwester Caterina ganz offiziell für eine Ehe mit Kurprinz Johann Friedrich von Sachsen vorgesehen war. Auch wenn dieser Plan schon im Sommer 1521 scheitern sollte, musste er doch auf dem Reichstag von Joachim als klares Signal dafür verstanden werden, dass der habsburgisch-kurbrandenburgische Ehebund nicht in Frage kam.

58 RTA/JR, Bd. 2, bes. S. 596–598, 949.

59 Joachim I. an Herzog Albrecht von Mecklenburg, Frankfurt a.M. 29.5.1521: RTA/JR, Bd. 1, S. 952. Vgl. Joachim, Die Politik des letzten Hochmeisters, Bd. 2, S. 370.

60 RTA/JR, Bd. 2, 757, vgl. S. 753–757, 896, 942–944.

lehnte<sup>61</sup>. Vor allem das Letztere musste Joachim als direkten Affront und Strafe des Kaisers für seinen Frankreichkurs verstehen. Jahrzehntelange Bemühungen Kurbrandenburgs um die Oberhoheit über Pommern waren damit zunichte gemacht: ein schwerer Schlag für Joachims Machtstellung und Prestige.

In einem von Karl als „hitzig“ bezeichneten Schreiben beschwerte Joachim I. sich beim Kaiser über den „öffentlichen Schimpf“, den er ihm mit der Pommern-Belehnung angetan habe.<sup>62</sup> Als Lehre aus den jüngsten Erfahrungen auf den kaisertreuen Kurs seines Bruder Albrecht umzuschwenken aber lehnte der Markgraf ab. Mit Albrecht könne er nichts anfangen, ließ Joachim 1522 verlauten, da dieser – wie man wisse – reichspolitisch „zu allen sachen ja“ sage.<sup>63</sup> Joachim dagegen hielt an der Verbindung zu Franz I. fest<sup>64</sup> und suchte weiter durch eine Art Schaukelkurs zwischen Frankreich und Habsburg, durch Ausspielen beider Optionen gegeneinander, Vorteile für sich zu erlangen. Im Januar 1523 unternahm Joachim persönlich bei Erzherzog Ferdinand als Statthalter Karls im Reich eine Demarche, die ein bezeichnendes Schlaglicht wirft auf seine Art des Vorgehens. Nachdem der Ehebund zwischen Joachim II. und Renata bis dahin noch nicht vollzogen war, erinnerte der Kurfürst Ferdinand an den alten Plan einer Verheiratung des Kurprinzen mit der Infantin Caterina. Wenn man dies jetzt zusammen mit einem angemessenen Jahrgeld von Habsburger Seite gewähren wolle, dann sei er, Joachim, bereit, seine Verbindung zu Franz I. aufzugeben.<sup>65</sup> Wieder also suchte der Brandenburger die Frankreich-Karte auszuspielen, um von den Habsburgern für seine Unterstützung eine privilegierte Stellung zu erlangen. Ferdinand übermittelte die Anfrage Joachims in einem Brief kommentarlos an Karl, dessen Antwort uns nicht bekannt ist. Naturgemäß aber blieb das Ganze ohne Erfolg.<sup>66</sup>

Die Demarche bei Ferdinand erfolgte Anfang 1523 während der Session Joachims am Nürnberger Reichsregiment, die uns generell aufgrund der Quellenlage besonderen Aufschluss bietet zu Joachims Agieren auf der reichspolitischen Bühne. Nach einem Treffen mit dem albertinischen Herzog Georg von Sachsen auf der Hinfahrt nach Nürnberg im Dezember 1522 in Leipzig<sup>67</sup> trat Joachim im

61 RTA/JR, Bd. 2, S. 952 f.; Joachim, Die Politik des letzten Hochmeisters, Bd. 3, S. 20 f., 149 f.

62 RTA/JR, Bd. 2, S. 953; Koser, Geschichte der brandenburgischen Politik, S. 214 f.

63 RTA/JR, Bd. 3, S. 874.

64 Zur Fortsetzung von Joachims Frankreich-Kontakten nach dem Wormser Reichstag: RTA/JR, Bd. 2, S. 778; Joachim: Die Politik des letzten Hochmeisters, Bd. 3, S. 65. Siehe ferner RTA/JR, Bd. 3, S. 873 (Dezember 1522) zu seiner Polemik dagegen, dass für viele in Deutschland, statt gegen die wahren Türken zu kämpfen, der Franzosenkönig „Franz itzt der Turk im reich wer“.

65 Die Korrespondenz Ferdinands I. Familienkorrespondenz, bearb. von Wilhelm Bauer u.a., Bd. 1–5 (= Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 11, 30–31, 58, 90, 109), Wien 1912–2015, hier Bd. 1, S. 40 f. Vgl. RTA/JR, Bd. 3, S. 912 f.

66 Statt dessen war Anfang 1524 zwischen Habsburg und Kursachsen davon die Rede, das spanische Heiratsprojekt zugunsten Johann Friedrichs von Sachsen wiederzubeleben: RTA/JR, Bd. 4, S. 686, 692 f., 725. Vgl. Carl Eduard Förstemann (Hrsg.): Neues Urkundenbuch zur Geschichte der evangelischen Kirchen-Reformation, Bd. 1, Hamburg 1842, S. 214 f.

67 RTA/JR, Bd. 3, S. 873–875. Ein von Joachim vorgeschlagenes Treffen mit Kurfürst Friedrich in Wittenberg kam nicht zustande, da der Sachsenfürst sich mit Krankheit entschuldigte. Durch einen Boten ließ Friedrich indes den Brandenburger indirekt zu einer freundlicheren Haltung gegenüber Kursachsen mahnen, indem er daran erinnerte, dass Kurfürst Johann, Joachims

Regiment, ganz im Sinne Georgs, mit äußerster Härte gegen Luther auf und machte Stimmung gegen Kurfürst Friedrich von Sachsen als dessen Protektor.<sup>68</sup> Für Joachim war – anders als für die Mehrzahl der Fürsten und Reichsstädte – die Durchsetzung des Wormser Edikts zu einem entschiedenen Kernanliegen seiner Politik geworden. Wäre es möglich gewesen, Luther in jenen Jahren zu ergreifen, um Acht und Bann an ihm zu vollstrecken, Joachim hätte wohl zu solchem Unterfangen bereitwillig die Hand gereicht.<sup>69</sup> In erregten Auftritten wettete der Hohenzoller im Regiment gegen den Ungeist von Wittenberg und brachte als erster unter den Reichsfürsten die Drohung ins Spiel, dass Friedrich dem Weisen bei weiterem Schutz Luthers wegen Ungehorsams gegen Kaiser und Reich die Kurwürde entzogen werden könne<sup>70</sup>. Hans von der Planitz, der kursächsische Vertreter im Regiment, war erschrocken über diese Schärfe, die er in solchem Maß von Joachim nicht erwartet hatte.<sup>71</sup> In Kursachsen selbst war man ähnlich beunruhigt über die Umtriebe des Kurbrandenburgers: Zum ersten Mal legte in jener Lage Kurfürst Friedrich seinen Wittenberger Theologen die später so oft erörterte, schicksalsschwere Frage vor, wieweit man im Falle eines Angriffs um des Glaubens willen auch dem Kaiser bewaffneten Widerstand entgegensetzen dürfe.<sup>72</sup>

Wie Planitz ganz richtig sah, diente das religionspolitische Engagement für Joachim nicht zuletzt auch als Mittel zum Zweck, um sich Erzherzog Ferdinand als Repräsentanten des altkirchlich-papsttreuen Lagers anzunähern.<sup>73</sup> Auch in anderer Hinsicht gab es verstärkt jetzt Berührungspunkte mit Habsburger Interessen. So lag der Einsatz Joachims für seinen als König aus dessen Reich vertriebenen Schwager Christian II. von Dänemark 1523 ganz auf der Linie der kaiserlichen Politik, da Christian zugleich ja auch Schwager Karls V. und Ferdinands war. Der von Joachim großmundig angekündigte Feldzug zur Wiedereinsetzung Christians in Dänemark, an dem er persönlich hatte teilnehmen wollen, kam indes aus Geldmangel nicht zustande – ein neuerlicher, herber Prestigeverlust für den Kurbrandenburger.<sup>74</sup> Auch im Streit um den Fortbestand des Reichsregiments, das der

Vater, mit ihm – Friedrich – stets „in fruntlichem vertrauen gestanden und das ainer an des andern rat und wissen in des reichs wichtigen sachen nichts gehandelt oder furgenommen“ habe. Joachim übergang diesen Hinweis ohne Kommentar (ebda. S. 873).

68 Planitz: Berichte, S. CXX–CXXXVIII, 301–309, 314–317, 329 f., 347–354, 356, 362 f., 380 f., 398 f., 408 f., 428 f. Vgl. RTA/JR, Bd. 3, S. 22 f., 385–387. Joachim I. saß im ersten Quartal 1523 als ranghöchster Fürst im Regiment, das zu dieser Zeit von Erzherzog Ferdinand als Statthalter geleitet wurde.

69 Ausdrückliches Bekenntnis Joachims zu solchem Vorgehen: Planitz, Berichte, S. 381, vgl. S. 396, 407.

70 Planitz, Berichte, S. 304, 315 f., 329 f., 343.

71 Planitz, Berichte, S. 352 f., 381, vgl. S. 303, 362.

72 Martin Luther: Werke. Kritische Gesamtausgabe (Weimarer Ausgabe). Briefwechsel [künftig zitiert: WA Br], Bd. 1–18, Weimar 1930–1985, hier Bd. 12, S. 35–45. Vgl. Martin Brecht: Martin Luther, Bd. 2, Stuttgart 1986, S. 113 f.

73 Vgl. Planitz, Berichte, S. 308, 346 u.ö.

74 Planitz, Berichte, S. 386 f., 537, 540 f., 543, 545, 547, 549; ebda. S. 562, 578 (Oktober 1523) kommentierte Planitz, es werde Joachim „wehe thun“, dass nach all den Truppenwerbungen und dem „geschrei“ um dies „unbedachte“ Kriegsunternehmen „nicht allein nichts ausgerichtet, Bunder auch das der zug so spotlich, wie man saget, zuruggegangen“. Zum historischen Kontext vgl. Leibetseder: Handlungsspielräume, S. 20–24.

Dreifürstenbund Pfalz-Trier-Hessen im Frühjahr 1524 zu Fall bringen wollte, stand Kurbrandenburg mit Kurmainz auf der Seite des Statthalters Ferdinand, wenschon Joachim dabei keinen besonderen Eifer zeigte und auf dem entscheidenden 3. Nürnberger Reichstag nur kurzzeitig durch einen seiner Räte vertreten war.<sup>75</sup> So auffällig erschien hier dem kaiserlichen Gesandten Johann Hannart das Desinteresse Joachims für die Angelegenheiten des Reiches, dass er ihn im Bericht an Karl V. weiterhin als Parteigänger Frankreichs einschätzte.<sup>76</sup> Entsprechend ließ sich Hannart auf dem Reichstag – wie Erzbischof Albrecht dem Bruder Ende März 1524 brieflich berichtete – auch „öffentlich horen“, dass der Kaiser kein „treu oder glauben“ auf Joachim setzen werde, dieweil er „also an den Franzosen henget“; Karl V. werde vielmehr veranlasst sein, „dem in ander wege forzukommen“. Von neuem mahnte Albrecht, dass Joachim sich nicht weiter an Frankreich binden solle, auf dessen Hilfe für ihn nach aller Erfahrung im Konfliktfall kein Verlass sein werde.<sup>77</sup>

Tatsächlich formierte sich seit jenem Nürnberger Reichstag eine reichsständische Opposition, die vor allem gegen den Plan Ferdinands gerichtet war, sich zum römisch-deutschen König und damit designierten Nachfolger Kaiser Karls wählen zu lassen. Laut Hannart war an den französischen König als Gegenkandidaten zu Ferdinand gedacht, aber auch Kurfürst Joachim und Kurfürst Ludwig von der Pfalz würden eigene Ambitionen verfolgen.<sup>78</sup> Die allgemeine Stimmung war damit richtig erfasst, doch im Detail lag Hannart falsch. Wenschon die Oppositionsfronde die Unterstützung Franz' I. suchte, stand dieser als Königs-Kandidat ebenso wenig zur Debatte wie Kurfürst Joachim, und auch vom Pfälzer Kurfürsten war kaum ernsthaft die Rede. Man setzte vielmehr auf einen jüngeren Wittelsbacher, Herzog Wilhelm von Bayern.<sup>79</sup> Generell war Joachim in die konspirativen Beratungen der Opposition gar nicht einbezogen. Zwar hatte er im Sommer 1524 wieder Gesandte am französischen Hof<sup>80</sup>, aber entscheidend waren jetzt die Wittelsbacher Kontakte zu Franz I. In einer bayerischen Aufzeichnung aus jener Zeit, in der es um die Gewinnung der Mehrheit für Herzog Wilhelm im Kurkolleg ging, war vorgesehen, den Franzosenkönig zu bitten, dass er auf

75 RTA/JR, Bd. 4, S. 49f., 685. Vgl. Planitz, *Berichte*, S. 372f., 400, 418, 616f.; Christine Roll: *Das zweite Reichsregiment 1521–1530* (= *Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte* 15), Köln 1996, S. 205–227.

76 Karl Lanz (Hrsg.): *Correspondenz des Kaisers Karl V.*, Bd. 1, Leipzig 1844, S. 105 (Februar/März 1524). Vgl. zur Datierung RTA/JR, Bd. 4, S. 684–687.

77 Erzbischof Albrecht an Joachim I., Halle 28.3.1524: Schuster/Wagner: *Jugend und Erziehung*, Bd. 1, S. 535 f.

78 RTA/JR, Bd. 4, S. 685f., 693 f.

79 Zu den Königswahlplänen der wittelsbachisch geführten Opposition 1524/25: Alfred Kohler: *Antihabsburgische Politik in der Epoche Karls V. Die reichsständische Opposition gegen die Wahl Ferdinands I. zum römischen König und gegen die Anerkennung seines Königtums (1524–1534)* (= SHKBA 19), Göttingen 1982, S. 70–94, 374f., 392–394; Walter Friedensburg: *Der Reichstag zu Speyer 1526 im Zusammenhang der politischen und kirchlichen Entwicklung Deutschlands im Reformationszeitalter* (= *Historische Untersuchungen* 5), Berlin 1887, S. 110–116.

80 Förstemann: *Neues Urkundenbuch*, Bd. 1, S. 210; Koser: *Geschichte der brandenburgischen Politik*, S. 215 f.

Joachim im Sinne der Wahl Wilhelms einwirken möge.<sup>81</sup> Demnach galt der Kurbrandenburger unverändert als Parteimann Frankreichs, war aber im innerdeutschen Mächtespiel isoliert. Es mag wohl sein, dass Joachim selbst damals noch dem Gedanken nachhing, dass sich für ihn irgendwann die Chance des Königtums eröffnen könne. Als aber Ende 1524 die Habsburger durch das französische Vorrücken in Italien wirklich in Bedrängnis gerieten, stand Joachim abseits. Auch in der Ehefrage für Joachim II. hatte er inzwischen die hochfliegenden Pläne der Verbindung mit einem der führenden europäischen Königshäuser aufgegeben und sich damit begnügt, dass der Kurprinz im November 1524 die Tochter Herzog Georgs, Magdalene von Sachsen, ehelichte.<sup>82</sup> So hatte der Berliner Kurfürst sich mit einer bescheideneren, regionalpolitischen Lösung<sup>83</sup> zufrieden gegeben, die das Bündnis mit seinem wichtigsten mitteldeutschen Partner und antilutherischen Kampfgenossen stärkte.

Zusammenfassend ergibt sich hieraus:

**These 4:** *Die anhaltende Schaukelpolitik, mit der Joachim I. auch nach 1519 Habsburg und Frankreich gegeneinander auszuspielen sucht, um für sich Vorteile zu erlangen, führt ihn nur immer tiefer in die politische Isolierung und beschert ihm Misstrauen auf beiden Seiten.*

**These 5:** *Mit seiner fortgesetzten Anlehnung an Frankreich hofft Joachim, bei einer Umwälzung des europäischen Mächtigegewichts zuungunsten Habsburgs, zum Vorteil Frankreichs, eine führende Rolle im Reich zu erhalten. Doch selbst in dem Augenblick, als Franz I. Ende 1524 / Anfang 1525 die Oberhand zu gewinnen scheint, sind es andere – speziell die Wittelsbacher Fürsten –, für die sich machtpolitische Chancen daraus ergeben, während Joachim die hierfür nötige Unterstützung im Kurkolleg fehlt.*

**These 6:** *Erst nach dem triumphalen kaiserlichen Erfolg in der Schlacht bei Pavia im Februar 1525 und verstärkt nach der Erlangung der böhmischen und ungarischen Königswürde durch Ferdinand 1526 schwenkt Joachim, des Rückhalts an Frankreich beraubt, auf die habsburgtreue Linie seines Bruders ein. Die gemeinsame antireformatorische Religionspolitik dient dabei als Brücke und Basis für die neue Zusammenarbeit mit den Habsburgern.*

<sup>81</sup> Kohler, Antihabsburgische Politik, S. 394.

<sup>82</sup> CDB, Bd. III/3, S. 310–324; Schuster/Wagner: Jugend und Erziehung, Bd. 1, S. 401–405, 534–554; Geß: Akten und Briefe, Bd. 1, S. 704, 759, 764.

<sup>83</sup> Auch die in jenen Jahren geschlossenen Ehebindnisse für die drei Töchter Joachims I. folgten dem Muster regionalpolitischer Allianzen: Anna 1524 mit Herzog Albrecht von Mecklenburg-Güstrow; Elisabeth 1525 mit Herzog Erich von Braunschweig-Kalenberg; Margarete 1530 (nach dem politischen Ausgleich mit Pommern) mit Herzog Georg von Pommern-Wolgast. Siehe nach diesem Muster auch das Verlöbnis Markgraf Johanns mit Herzogin Katharina von Braunschweig-Wolfenbüttel 1529: unten mit Anm. 99.

Durch die Erbeutung der Briefschaften Franz' I. in der Schlacht bei Pavia war das Ausmaß der vergangenen Kontakte Kurbrandenburgs zu Frankreich offenbart worden<sup>84</sup> – eine peinliche Lage, die Joachim im Verlauf des Jahres 1525 oder spätestens im Frühjahr 1526 zur klaren politischen Kehrtwende im Sinne der Unterordnung unter das Habsburger Herrscherhaus veranlasste. Bemerkenswert ist, dass diese Wendung zu einer Zeit erfolgte, noch bevor durch Ferdinands Erhebung in Böhmen-Ungarn im Herbst 1526 die habsburgische Übermacht vollends erdrückend wurde. Bereits im Mai 1526 äußerte Joachim, dass er – wenn Karl, wie erwartet, zur Kaiserkrönung nach Italien komme – ihm unaufgefordert zuziehen wolle, um ihn nach Rom zu begleiten.<sup>85</sup> Durch Joachims Reise zu Ferdinand nach Breslau im Mai 1527 wurde sodann das neue Einvernehmen vor aller Augen sichtbar<sup>86</sup>, und gemeinsam mit seinem Bruder Albrecht wurde Joachim in den Folgejahren zur Hauptstütze der Habsburger auf dem Weg zu Ferdinands Wahl als römisch-deutscher König Anfang 1531<sup>87</sup>. Nach einem Jahrzehnt der primären Orientierung auf Frankreich hin war der Brandenburger Kurfürst in die traditionell-hohenzollerischen Bahnen kaisertreuer Politik zurückgekehrt.

Diese Rückwendung zum Hause Habsburg war indes in den Jahren 1524 bis 1529 verbunden mit einem weitgehenden Rückzug Joachims aus den laufenden Geschäften der Reichspolitik. An keiner der Reichsversammlungen dieser Jahre nahm er persönlich teil, und auch seine Gesandten bei den Reichstagen spielten kaum eine Rolle.<sup>88</sup> Der Hauptgrund hierfür lag in der pommerschen Causa: Nachdem Joachim am Reichsregiment und auf dem 2. Nürnberger Reichstag im Frühjahr 1523 mit seinem Anspruch auf Lehnshoheit über Pommern nicht durchgedrungen war und vielmehr die Mehrzahl der Mitfürsten die volle Reichsstandschaft der Greifenherzöge bestätigte, blieb Joachim schon aus Protest gegen die pommersche Session den folgenden Reichstagen fern.<sup>89</sup> Als Konsequenz hieraus nahm Kurbrandenburg kaum auch Anteil an den großen religionspolitischen Verhandlungen zwischen dem 3. Nürnberger Reichstag (1524) und dem 2. Speyrer Reichstag (1529). Die damals unternommenen Versuche einer gütlichen Lösung des Glaubensstreits hätte der Brandenburger allerdings ohnehin schwerlich stützen können – die Flexibilität, die insbesondere Erzherzog Ferdinand hierbei jetzt an den Tag legte, war ihm fremd. Unbeirrt hielt Joachim dagegen an seinem scharf antilutherischen Kurs fest. Während die Mehrheit der Reichsstände im Sommer 1524, im Anschluss an den 3. Nürnberger Reichstag, mit Ferdinands Zu-

84 Karl Lanz (Hrsg.): Staatspapiere zur Geschichte des Kaisers Karl V. (= Bibliothek des Literarischen Vereins in Stuttgart 11), Stuttgart 1845, S. 31; Die Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 1, S. 276, 285, 291. Vgl. Friedensburg: Reichstag zu Speyer, S. 30, 54f.

85 Friedensburg: Reichstag zu Speyer, S. 98. Friedensburg spricht hier von Joachims plötzlich „hyperloyalen Bestreben, dem Kaiser zu gefallen“.

86 Beyer: Kurbrandenburgische Außenpolitik, S. 284.

87 Kohler: Antihabsburgische Politik, bes. S. 97–100, 151–154.

88 Männl: Die Vertretung Kurbrandenburgs bei den Reichstagen, S. 23–25, 41, 44f.; Armin Kohnle: Reichstag und Reformation. Kaiserliche und ständische Religionspolitik von den Anfängen der Causa Lutheri bis zum Nürnberger Religionsfrieden (= QFRG 72), Gütersloh 2001, S. 347.

89 Zur Behandlung der pommerschen Frage im Reichsregiment und auf den drei Nürnberger Reichstagen (1522–1524) ausführlich die Planitz-Berichte.

stimmung auf eine Ausgleichslösung durch die nach Speyer einberufene Nationalversammlung hoffte, gehörte Joachim zu denen, die – ganz im Sinne Karls V. – dem großen Versöhnungsprojekt entgegenwirkten. Statt dessen wurde in Kurbrandenburg im August 1524 das Wormser Edikt erneuert und durch weitere Verbotsbestimmungen gegen die Ausbreitung lutherischer Ideen und Schriften ergänzt.<sup>90</sup> Aufgrund der Erfahrungen des Bauernkrieges schließlich sah sich Joachim I. um so mehr nur bestätigt in seiner Entschlossenheit zur Unterdrückung aller reformatorischen Bestrebungen als der geistigen Quelle von Rebellion und Aufruhr. Als ein Ergebnis dieser Politik wurde im Juli 1525 der Dessauer Bund scharf antilutherischer Fürsten begründet<sup>91</sup>, mit dem die unheilvolle Geschichte verfeindeter Konfessionsallianzen in Deutschland begann.

*These 7: Kurfürst Joachims scharfe Stellungnahme gegen Luther ist keineswegs nur bestimmt durch den machtpolitischen Gegensatz zu Kursachsen. Auch innerlich, von seiner mentalen Disposition her, steht Joachim dem Erneuerungsanspruch und Glaubensverständnis Luthers denkbar fern. Zwar vielseitig gebildet und interessiert, ist der Berliner Kurfürst in seinem Gesellschaftsbild und seiner Herrscherauffassung doch starr dem Herkommen verhaftet. Tradition, Autorität und Gehorsam treten in seinen Äußerungen, in weltlichen wie in geistlichen Dingen, als Leitmaximen hervor; alle Auflehnung gegen das Altbewährte ist ihm zuwider. So kann er dem Auftreten Luthers nur mit Unverständnis und Abwehr begegnen.*

Im Ganzen hatte Joachim mit seiner Politik der Abschottung Kurbrandenburgs gegen das Eindringen der evangelischen Lehre aus dem benachbarten Kursachsen Erfolg. Mithilfe der Universität Frankfurt/Oder und der drei vom Landesherrn abhängigen Bischöfe (Brandenburg, Havelberg, Lebus) wurden offene reformatorische Regungen im märkischen Territorium unterdrückt. Anders als bei Herzog Georg von Sachsen war im Falle Joachims die fürstlich-romtreue Religionspolitik nicht verbunden mit einem erkennbaren, zielstrebigem Reformprogramm für das eigene Kirchen- und Klosterwesen.<sup>92</sup> An solchen theologisch-seelsorgerlichen Fragen zeigte der Kurbrandenburger wenig Interesse, wie denn überhaupt

90 CDB III/3, S. 309 f., vgl. S. 302 f., 356 f.; Kohnle: Reichstag und Reformation, S. 197 f., 244, 248 f., 251 f. Vgl. GStA PK, Brandenburg-Preußisches Hausarchiv, Rep. 29 J 1, fol. 3<sup>r</sup>–6<sup>v</sup>: Joachim I. an Erzbischof Albrecht, Cölln 3.8.1524 (Mitteilung, dass er, Joachim, den auf Martini angesetzten Tag zu Speyer nicht besuchen werde).

91 Führende Mitglieder: Kurfürst Joachim, Erzbischof Albrecht, Georg von Sachsen, Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, Erich von Braunschweig-Kalenberg. Vgl. Walter Friedensburg: Zur Vorgeschichte des Gotha-Torgauischen Bündnisses der Evangelischen 1525–1526, Marburg 1884.

92 Walter Delius: Die Kirchenpolitik Joachims I., in: JBBKG 49 (1974), S. 7–41; ders.: Anfänge reformatorischer Bestrebungen in der Mark Brandenburg, in: JBBKG 40 (1965), S. 9–23; Gerd Heinrich: Neue Kirchenordnung und „stille“ Reformation. Die Landesfürsten und die „Luthersache“ in der Mark Brandenburg, in: JBBKG 57 (1989), S. 65–98, hier S. 65–81; Achim Beyer: Die Religionspolitik der Hohenzollern im Reformationsjahrhundert: Zwischen Autonomie und Abhängigkeit, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 148 (2012), S. 239–275, hier S. 242–249.

Anzeichen einer tieferen religiösen Überzeugung und persönlich gelebter Frömmigkeit bei ihm schwer zu finden sind. Immerhin gab es unter den Landesbischöfen mit Männern wie Dietrich von Bülow (1490–1523 Bischof von Lebus) und Hieronymus Schulz (1507–1521 Bischof von Brandenburg) durchaus auch reformbereite Kräfte.<sup>93</sup> Noch auffälliger ist in dieser Hinsicht die Heterogenität der weltlichen Räte, die an leitender Stelle für Joachim tätig waren. Im Reichsregiment etwa diente mit Christoph von Taubenheim jahrelang ein ausgesprochener Anhänger Luthers als kurbrandenburgischer Vertreter, und Wolfgang Ketwig, der 1529 zum märkischen Kanzler aufstieg, nahm eher eine neutrale bis reformationsfreundliche Haltung ein.<sup>94</sup>

Auch in der eigenen hohenzollerischen Familie musste Joachim das Vordringen der evangelischen Lehre mit ansehen. Einen ersten Höhepunkt bildete hier der spektakuläre Übertritt des Deutschordens-Hochmeisters Albrecht von Brandenburg-Ansbach zum Luthertum unter Umwandlung der preußischen Ordenslande in ein weltliches Herzogtum 1525 – ein Schritt, den Joachim dem Vetter nie verzeihen sollte.<sup>95</sup> Auch die Hinwendung der älteren, in Franken regierenden markgräflichen Vettern Kasimir († 1527) und vor allem seines Nachfolgers Georg zum reformatorischen Lager bedeuteten für Joachim ein schweres Ärgernis.<sup>96</sup> Um so eifriger war er bemüht, in der engeren märkischen Familie die Treue zur alten Kirche aufrechtzuerhalten – auch hier indes ohne bleibende Wirkung. Den härtesten Schlag für Joachim bedeutete das Verhalten seiner dänischen Ehefrau Elisabeth, die sich unter dem Einfluss ihres Bruders, des vertriebenen Dänenkönigs Christian II., seit 1525 zunehmend offen zum lutherischen Glauben bekannte.<sup>97</sup> Auch der Thronerbe Joachim II. zeigte zeitweise Sympathien für den Weg der Mutter<sup>98</sup>, konnte vom Vater aber, solange er lebte, auf der altkirchlichen Linie gehalten werden. Für den erst 1513 geborenen zweiten Sohn Johann arrangierte Joachim frühzeitig einen – wie schon im Falle Joachims II. – konfessionell einschlägigen Ehebund: Im August 1529 wurde das Verlöbnis Johannis mit der damals erst 13-jährigen Katharina von Braunschweig-Wolfenbüttel geschlossen. Durch diesen Ehevertrag hatte Joachim I. nach der durch den ersten Sohn erfolgten Verbindung zu Herzog Georg von Sachsen nun auch Herzog Heinrich von

93 Grimm: Dietrich von Bülow; W.E. Winterhager: Luthers „gnädiger Bischof“: Hieronymus Schulz, Bischof von Brandenburg (1507–1521) und Havelberg (1521/22), in: JBBKG 69 (2013), S. 87–117.

94 Leibetseder: Die politischen Berater von Kurfürst Joachim I., bes. S. 19–22, 27–29. Vgl. Mathis Leibetseder: Räte und liebe Getreue. Zur Frage nach dem politischen Kern der brandenburgischen Hof- und Landesverwaltung zu Beginn des 16. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte 65 (2014), S. 89–115.

95 Hubatsch: Albrecht von Brandenburg-Ansbach, S. 131 passim.

96 Seyboth: Die Reichspolitik Markgraf Kasimirs, S. 97–108; Reinhard Seyboth: Georg der Fromme, Markgraf von Brandenburg-Ansbach (1484–1543), in: Fränkische Lebensbilder 17 (1998), S. 43–71.

97 Beleg wie Anm. 100.

98 Leibetseder: Handlungsspielräume, S. 14–16; Schultze: Die Mark Brandenburg, Bd. 3, S. 211 f.

Wolfenbüttel, den Vater der Braut, als führenden Lutherfeind in Norddeutschland in sein dynastisches Beziehungsgeflecht eingebunden.<sup>99</sup>

Inzwischen war der am Berliner Hof durch Kurfürstin Elisabeths Bekenntniswechsel ausgelöste Ehestreit in ungeahnter Weise eskaliert.<sup>100</sup> Nachdem Joachim ernsthaft – entgegen den Appellen seiner Räte, Prälaten und Ritterschaft – damit gedroht hatte, seine Gemahlin wegen Abfalls vom rechten Glauben mit dem Tode oder lebenslanger Haft zu bestrafen, war diese im März 1528 heimlich über die Grenze nach Sachsen geflohen und hatte sich dort unter den Schutz Kurfürst Johanns gestellt. Tobend vor Zorn verlangte Joachim I. die bedingungslose Rückkehr und Unterwerfung Elisabeths unter seinen Willen; von Erzherzog Ferdinand und anderen Mitfürsten erbat er Unterstützung für diese Forderung. Die märkischen Fluchthelfer der Kurfürstin wurden unnachgiebig verfolgt, und alle Versuche – etwa durch gewisse Zugeständnisse an Elisabeths persönliche Glaubenspraxis – einen Ausgleich herbeizuführen, scheiterten an Joachims unerbittlicher Haltung. Allein schon die Tatsache, dass Herzog Georg von Sachsen<sup>101</sup> und andere ihn bewegen wollten, den Konflikt vor den Ständen des Reiches zu verhandeln, um zu gütlicher Lösung zu kommen, wies der Brandenburger als Zumutung zurück. Er hoffte darauf, mithilfe des Kaisers seinen Willen am Ende doch durchzusetzen.

Für Joachim I. war die seit März 1528 geführte öffentliche Debatte um das Thema unerfreulich genug. Ganz überwiegend wurde die hartherzige Haltung des Kurfürsten gegenüber seiner Ehefrau von den Zeitgenossen mit Kritik und Unverständnis gesehen. Viel schlimmer aber wurden die Dinge für ihn dadurch, dass der konfessionell bedingte Ehezwist sich verknüpfte mit einem anderen, verwandten Konflikt, der den Kurfürsten moralisch in noch dunklerem Licht erscheinen ließ.<sup>102</sup> Schon im Frühjahr 1525 hatte Joachim sich in Berlin der Bürgermeisterstochter Katharina Hornung (geb. Blankenfeld; Schwester des Johann Blankenfeld) zugewandt und sie zu seiner Mätresse gemacht. Der betrogene Ehemann Wolf Hornung, der daraufhin im Affekt seine untreue Gattin mit einem Messer verletzt hatte, war im April 1525 aus der Mark Brandenburg verwiesen worden und musste sein Leben im Exil fristen. Seit 1526 suchte Hornung durch

99 CDB, Bd. III/3, S. 367–376. Der Bund mit Braunschweig-Wolfenbüttel unterstreicht den in- zwischen bestehenden Primat konfessioneller Orientierung in Joachims Politik: Noch 1520 war der Kurfürst durch sein profranzösisches Bündnis mit Braunschweig-Lüneburg, der mit Wolfenbüttel verfeindeten Welfenlinie, liiert gewesen, die jetzt aber als lutherisch gewordene Dynastie für ihn als Partner nicht mehr in Frage kam.

100 Zum Folgenden: Rudolf von Jacobi: Die Flucht der Kurfürstin Elisabeth von Brandenburg, in: Hohenzollern-Jahrbuch 13 (1909), S. 155–196.

101 Zur Rolle Herzog Georgs in der Sache: Heiko Jadatz / Christian Winter (Hrsg.): Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen, Bd. 3–4, Köln 2010–2012, hier Bd. 3, S. 90–93, 95–102, 104–108, 114; zur mäßigenden Einwirkung des Herzogs auf Joachim I. – in einer Phase, als durch die heraufziehenden „Packschen Handel“ im Frühjahr 1528 ohnehin akute Kriegsgefahr zwischen den sich bildenden Konfessionsparteien bestand – ebda. bes. S. 100f.

102 Paul Zimmermann: Der Streit Wolf Hornungs mit Kurfürst Joachim I. von Brandenburg und Luthers Beteiligung an demselben, in: Zeitschrift für preußische Geschichte und Landeskunde 20 (1883), S. 310–343.

Schreiben an seine Frau wie auch an Joachim eine Aussöhnung oder zumindest Klärung herbeizuführen, die ihm die Rückkehr nach Berlin ermöglicht hätte. Da aber der Kurfürst jede Annäherung verweigerte, drohte Hornung den unzüchtigen, ehebrecherischen Lebenswandel Joachims öffentlich zu machen, nachdem dieser ohnehin schon in der ganzen Mark Gegenstand von Gerüchten sei. Auch Luther wurde als Seelsorger und Berater in die Sache involviert und appellierte im Sommer 1528 zweimal brieflich an Joachim, auf das berechtigte Anliegen des Wolf Hornung einzugehen. Der Kurfürst möge hier Einsicht zeigen, damit er – Luther – nicht „dreinschlagen“, nicht „huren und buben malen“ und den Fürsten nicht vor aller Welt anprangern müsse, „das die har umbher stieben“.<sup>103</sup>

Joachim I. aber reagierte auf diese Vermahnungen nur mit einer Beschwerde über Luthers „Schmähungen“ bei Kurfürst Johann von Sachsen, so dass der Wittenberger nun tatsächlich den Weg in die Öffentlichkeit beschritt. In einem gedruckten Sendschreiben vom Oktober 1528 wiederholte Luther, unter Bezug auf das „Landgeschrei“ in der Sache, die Forderung an Joachim, entweder eine Versöhnung oder eine ordentliche Scheidung der Eheleute Hornung zu ermöglichen.<sup>104</sup> Luthers Wortwahl war dabei, im Vergleich zu den vorangegangenen Briefen, erstaunlich moderat – noch wolle er den Kurfürsten „schonen“, schrieb er –, aber auch so lag der Effekt des Sendbriefes darin, dass nun endgültig die allgemeine Aufmerksamkeit im Reich auf den doppelten Ehebruch Joachims gelenkt wurde. Vor dem Hintergrund der zeitgleich damals die Gemüter erregenden Flucht der Kurfürstin Elisabeth bot sich vom sittlichen Leben am Berliner Hof ein vernichtendes Bild.

Inzwischen nahm sich auch der mit Joachim I. aus anderem Grund in Fehde stehende Lausitzer Ritter Nickel von Minkwitz der Sache Hornungs an und unterstützte diesen auf dem 2. Speyrer Reichstag 1529 in seinem Vorbringen einer förmlichen Supplik gegen Joachim bei Statthalter und Reichsregiment. Pfalzgraf Friedrich als damaliger Statthalter leitete darauf Vergleichsverhandlungen ein, zu denen auch der Kurfürst geladen wurde. Joachim sah sich widerwillig gezwungen, seine Räte zu diesem Verhandlungstermin zu senden, zeigte aber keinerlei Entgegenkommen.<sup>105</sup> Als Reaktion hierauf gab Luther schließlich im Februar 1530 eine neuerliche Druckschrift heraus, in der er sich nunmehr in Form offener Briefe auch an die märkische Ritterschaft wandte und die zuständigen Bischöfe (Brandenburg, Havelberg, Lebus) aufrief, gegen den Kurfürsten, wenn er nicht endlich Besserung zeige, mit Kirchenstrafen vorzugehen.<sup>106</sup> Joachims Replik erfolgte im März 1530 in Form eines spöttischen, im Namen Katharinas geschriebenen Briefes an Wolf Hornung – ein Schreiben, das Luther mit eigenem Kommentar in Wittenberg drucken ließ. Ganz offen sprach der Reformator jetzt von Katharina als „Hure“ und von Joachim als „Buben“ und „Hurenwirt“. Die Hoff-

103 WA Br, Bd. 4, S. 511–516, 539f., vgl. S. 292–294, 345f.

104 WA Br, Bd. 4, S. 576–581.

105 Zimmermann: Der Streit Wolf Hornungs, S. 332–337. Ferner RTA/JR, Bd. 7/1, S. 522, 611, 620f., 714 zu den während des Reichstags 1529 gegen Joachim geführten Spottreden.

106 WA Br, Bd. 5, S. 225–231.

nung, dass diese „schendliche, lesterliche sache, die durchs gantze Reich stinckt und aller welt grosse ergernis gibt“, gütlich beizulegen sein würde, hatte Luther aufgegeben.<sup>107</sup>

Auf dem folgenden Augsburger Reichstag hatte Joachim zwar die Genugtuung, dass Karl V. im Streit Joachims mit seiner Ehefrau den vom Kurfürsten vertretenen harten Standpunkt billigte und sich für die bedingungslose Rückkehr Elisabeths nach Kurbrandenburg aussprach. Doch durchzusetzen war diese kaiserliche Willensbekundung nicht, so dass Joachim den Verbleib Elisabeths in Kursachsen bis an sein Lebensende hinnehmen musste.<sup>108</sup>

Nachdem Joachim I. dem Speyrer Reichstag 1529 als einziger der Kurfürsten ferngeblieben war, erschien er in Augsburg 1530 zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder persönlich auf einer Reichsversammlung. Der Streit um die brandenburgische Lehnshoheit über Pommern hatte im August 1529 durch einen Kompromiss im Vertrag zu Grimnitz ausgeräumt werden können<sup>109</sup>, und die Tatsache, dass Karl V. nach langen Jahren den Reichstag in Augsburg wieder in eigener Person leiten würde, bot für Joachim besonderen Anreiz, sich aktiver in die Reichspolitik einzubringen. Angesichts seiner – im Unterschied zu Kursachsen und Kurpfalz – im Religionsstreit ganz eindeutig papsttreuen Haltung kam ihm bei den Augsburger Verhandlungen eine zentrale Rolle zu. So sehr auch in Teilen der Öffentlichkeit seine Autorität und Glaubwürdigkeit als Vertreter konservativer, altkirchlicher Werte erschüttert sein mochte<sup>110</sup>, trat er doch in Augsburg wiederholt als Sprecher des Kaisers und der altgläubigen Ständemehrheit auf.

**These 8:** *In Augsburg 1530 hat Joachim I. endlich einen ihm angemessenen, hervorgehobenen Platz im Zentrum der Reichspolitik, an der Seite des Kaisers, gefunden, der ihm zugleich Gelegenheit bietet, gegen seinen kursächsischen Erzfeind und die ihm verhasste evangelische Partei vorzugehen. Aber selbst jetzt spielt er, statt sich einzuordnen, wieder eine Sonderrolle, indem er unautorisiert Kriegsdrohungen gegen die Evangelischen ausspricht, so dass sich der um Ausgleich bemühte Kaiser und die Majorität der Kurfürsten und Reichsstände von Joachims radikalen Äußerungen distanzieren.*

Speziell gegen Kurfürst Johann von Sachsen und gegenüber dem eigenen Vetter, Markgraf Georg von Brandenburg-Ansbach, sprach Joachim die Drohung aus, dass der Kaiser und die ihm treuen Reichsglieder sie bei weiterem Festhalten am

107 WA Br, Bd. 5, S. 231–236. Vgl. Brecht: Martin Luther, Bd. 2, S. 343 f.

108 Jacobi: Die Flucht der Kurfürstin Elisabeth, S. 172 f., 192–196. Vgl. Die Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 3, S. 91, 96, 100, 109, 117 sowie RTA/JR, Bd. 10/3, S. 1195, zur Behandlung der Sache 1531 bzw. am Rande des Regensburger Reichstages 1532.

109 CDB, Bd. II/6, S. 354–357, ferner S. 357–369; Schultze: Die Mark Brandenburg, Bd. 3, S. 220 f. Vgl. auch unten mit Anm. 117.

110 Vgl. die ironische Frage zu Joachims Konkubinen und Ehestreit, die Kurfürst Johann von Sachsen ihm während der Augsburger Beratungen in Reaktion auf Joachims Verurteilung der lutherischen Lehre vorhielt: Gerhard Müller: Die römische Kurie und die Reformation 1523–1534. Kirche und Politik während des Pontifikates Clemens' VII. (= QFRG 38), Gütersloh 1969, S. 113 f. (aufgrund eines Mailänder Gesandtenberichts vom September 1530).

hätetischen Glauben mit Gewalt überziehen und absetzen würden. Bald wiederholte und erweiterte er diese Ankündigung auf alle protestierenden Stände. Seine Haltung war so herausfordernd, dass man ihn im August 1530 – als der sog. Vierzehnerausschuss zur Vermittlung im Glaubensstreit eingesetzt wurde – bewusst nicht berücksichtigte, da er als Friedensstifter nicht geeignet schien. Erst als die Einigungsversuche gescheitert waren und der Kaiser bei der Beratung des Reichsabschiedes im September wieder einen schärferen Kurs einschlug, trat Joachim erneut als Wortführer der Reichsversammlung hervor. Im Namen des Kaisers und der Ständemehrheit stieß er in seiner Rede zur Vorlage des Abschieds in aller Form nun die Drohung aus, dass man Gut und Blut daran setzen werde, die lutherischen Auführer zur Annahme der Reichsschlüsse zu bringen und die Glaubenseinheit wiederherzustellen. Von verschiedenen Seiten wurde der Brandenburger für seine eigenmächtige, eifernde Sprache kritisiert: Die Räte des Pfälzer Kurfürsten und des Trierer Erzbischofs, weitere Fürsten (u.a. die eindeutig katholischen Bayernherzöge) und Fürstenräte sowie selbst Joachims Bruder, Erzbischof Albrecht, ließen die evangelischen Fürsten in mehr oder weniger deutlicher Form wissen, dass sie keineswegs auf Krieg und Gewalt aus seien und die schroffe Redeweise des Brandenburgers, zu der er nicht legitimiert gewesen sei, missbilligten.<sup>111</sup> Selbst Karl V. monierte, Joachim habe „unrecht“ geredet, „viel zu geschwinde [...] und mehr denn ihm befohlen gewesen“.<sup>112</sup> So hatte Joachim sich durch seine aggressiv-maßlose Art in gewisser Weise wieder selbst isoliert.

Luther hat diesen Sachverhalt, über den er von sächsischen Reichstagsteilnehmern informiert worden sein muss, in seiner 1531 gedruckten „Warnung an seine lieben Deutschen“ geschickt ausgenutzt, um Joachims Rolle in Augsburg bloßzustellen. Einerseits wurde der Berliner Kurfürst hier als schärfster Gegner der Protestanten auf dem Reichstag gebrandmarkt, andererseits aber wurden seine Kriegsdrohungen als leere Worte abgetan, vor denen sich niemand zu fürchten brauche. So hätten „viel andere grosse fursten und herrn“ in Augsburg entweder die Drohreden Joachims abzuschwächen versucht oder „offentlich fur dem keiser bezeugt, dass sie ynn solche rede des Marggraven nie gewilligt hetten“ und dies nicht ihre Meinung sei. Auch der Kaiser habe den Kurfürsten Joachim für seine Rede „zwar nicht heißen liegen [lügen]“, aber gesagt: „es were zu viel geredt“.<sup>113</sup>

Die gleiche Konstellation wie in Augsburg 1530 wiederholte sich auf dem Regensburger Reichstag 1532, als Joachim I. den von Karl und Ferdinand ange-

111 Carl Eduard Förstemann (Hrsg.): *Urkundenbuch zur Geschichte des Reichstages zu Augsburg im Jahre 1530*, Bd. 2, Halle 1835, bes. S. 613–620, 624, 644–647. Mit weiteren Einzelbelegen: Karl Heinz Hammer: *Kurfürst Joachim I. von Brandenburg auf dem Reichstag zu Augsburg 1530*, in: *Wichmann-Jahrbuch des Geschichtsvereins Katholische Mark 1* (1930), S. 116–133; Delius: *Die Kirchenpolitik Joachims I.*, S. 26–29, 40; Koser: *Geschichte der brandenburgischen Politik*, S. 224 f.

112 Friedrich Wilhelm Schirrmacher (Hrsg.): *Briefe und Akten zu der Geschichte des Religionsgespräches zu Marburg 1529 und des Reichstages zu Augsburg 1530*, Gotha 1876, S. 320 f.; Förstemann: *Urkundenbuch 1530*, Bd. 2, S. 620.

113 Martin Luther: *Werke. Kritische Gesamtausgabe* (Weimarer Ausgabe). *Schriften*, Bd. 1–73, Weimar 1883–2009, hier Bd. 30/3, S. 295 f.

sichts der Türkengefahr erstrebten, zeitgleich in Schweinfurt und Nürnberg verhandelten Religionsfrieden zu sabotieren suchte. Anfangs vorgebend, dass er mit seinem harten Kurs im Sinne des Kaisers handle, wurde bald klar, dass Joachim in Wirklichkeit die Politik Karls V. konterkarierte: Ohne Rückwendung der lutherischen Stände zur alten Kirche sollte es nach seinem Willen keine Friedenszusage geben. Bei der Mehrheit auch der katholischen Reichsstände stieß diese Haltung auf deutliche Ablehnung. Während sein Bruder Erzbischof Albrecht zusammen mit Kurpfalz den Religionsfrieden vermittelte, hielt Joachim an seiner radikalen Position fest. Ohne die Anwesenheit des Markgrafen und seine Blockadepolitik – hieß es allgemein auf dem Reichstag – wäre man weit früher schon zum Abschluss gelangt; man hoffte deshalb auf seine baldige Abreise.<sup>114</sup> Tatsächlich konnte der Brandenburger Kurfürst den Nürnberger Frieden am Ende nicht verhindern, auch wenn dies an seiner religionspolitisch kompromisslosen Linie nichts änderte. Im Februar 1533 schloss Joachim in Halle mit Erzbischof Albrecht, Georg von Sachsen, Heinrich von Wolfenbüttel und anderen Fürsten ein Bündnis zur Verteidigung des alten Glaubens gegen den von Kursachsen und Hessen geführten Schmalkaldischen Bund.<sup>115</sup> Wie er darüber hinaus für die Zukunft sein Land als Bollwerk des Katholizismus sichern wollte, zeigen die Verfügungen in seinem Testament vom Oktober 1534: Gegen das Ärgernis und Übel der neuen Ketzereien ordnete er an, dass seine „sone und ire erben mit ihren landen und leuten zu iglicher zeit bei dem alten cristlichen glauben, religion, ceremonien und gehorsam der heiligen cristlichen kirchen [...] unvorruckt und unvorandert“ verharren sollten. Beide Söhne ließ er schwören, dass sie der alten Kirche und dem Hallischen Bündnis auch über des Vaters Tod hinaus treu bleiben würden.<sup>116</sup>

Langfristig aber war, wie sich zeigen sollte, der von Joachim geführte Kampf gegen die Ausbreitung der Reformation im märkischen Territorium nicht zu gewinnen. In dieser Kernfrage wie auch im Blick auf andere, zentrale Aspekte seiner Politik ist man geneigt, Joachim I. als am Ende gescheiterten Fürsten zu bezeichnen. Die jahrelange, riskante Bindung an Frankreich hatte dem Hause Hohenzollern nichts eingebracht, auch die übermäßig scharfe Positionierung in der Konfessionsfrage hatte Kurbrandenburg letztlich isoliert, und der vermeintliche historische Kompromiss mit Pommern 1529 kam im Grunde doch – diplomatisch kaschiert – einer Niederlage gleich<sup>117</sup>. Die Gesamtbilanz der Regentschaft Joachims I. wird freilich aufgehellert durch zumindest zwei wesentliche, bleibende Errungenschaften: So wurde, wie erwähnt, die innere Konsolidierung

114 RTA/JR, Bd. 10/2, S. 953, 956, 970, 972, 978, 996f., 1004f., Bd. 10/3, S. 1482, 1484. Vgl. Luthers Kommentare dazu: Martin Luther: Werke. Kritische Gesamtausgabe (Weimarer Ausgabe). Tischreden [= künftig zitiert: WA Tr], Bd. 1–6, Weimar 1912–1921, hier Bd. 2, S. 156, Bd. 3, S. 202, 222.

115 CDB, Bd. II/6, S. 386–392.

116 Hermann von Caemmerer (Hrsg.): Die Testamente der Kurfürsten von Brandenburg und der beiden ersten Könige von Preußen, München/Leipzig 1915, S. 69–71; CDB, Bd. III/3, S. 404f.

117 Vgl. das Urteil bei Koser: Geschichte der brandenburgischen Politik, S. 227; ähnlich Seyboth: Markgraftümer, S. 76.

des Landes entscheidend vorangebracht, und vor allem hatten die gemeinsam mit dem Bruder Albrecht erlangten Anfangserfolge von 1513/14 zum Teil über Joachims Tod hinaus Bestand. Nachhaltiger als die Erlangung der Mainzer Kurwürde wirkte dabei der 1513 erzielte Wahlerfolg für Albrecht in Magdeburg und Halberstadt.

**These 9:** *Als wirkmächtigster außenpolitischer Erfolg aus der Regierungszeit Joachims I. entpuppte sich der machtpolitische Anspruch, den man auf die Stifte Magdeburg und Halberstadt erworben hatte. Eine wichtige, bisher kaum angemessen gewürdigte Rolle spielte dabei die schon 1523 erreichte Bestellung des fränkischen Vetzters Johann Albrecht von Brandenburg-Ansbach zum Koadjutor mit Nachfolgerecht in beiden Bistümern, womit die Kontinuität hohenzollerischer Herrschaft über die Stifte für weitere Generationen fundiert und so die spätere territoriale Ausweitung Kurbrandenburgs nach Südwesten ermöglicht wurde.*

Die Erhebung Johann Albrechts zum Koadjutor 1523 war indes weniger Joachims Verdienst, als vielmehr den Bemühungen Erzbischof Albrechts und Markgraf Kasimirs, des Bruders Johann Albrechts, geschuldet.<sup>118</sup> Immerhin hatte auch Joachim I. dabei seinen Einfluss in der Region, namentlich auf das Domkapitel zu Magdeburg, geltend gemacht.<sup>119</sup> Insgesamt darf man gleichwohl fragen, ob angesichts der glänzenden Ausgangslage, die Joachim und Albrecht bis 1514 beschieden war, nicht mehr hätte erreicht werden können. Vor allem die jahrzehntelang bestehende Ausnahmesituation von zwei hohenzollerischen Kurstimmen wurde kaum für eine stringente dynastische Reichspolitik genutzt.

Dies grundlegende Defizit kurbrandenburgischer Politik war nicht zuletzt den persönlichen Eigenheiten Joachims zuzuschreiben, der seine außergewöhnlichen intellektuellen Gaben nur unvollkommen in politisches Urteilsvermögen umzusetzen vermochte. Als weltgewandter, gebildeter Mann sprach der Brandenburger ein für Fürsten ungewöhnlich gutes Latein, als einziger der Kurfürsten beherrschte er zudem das Französische, was ihm als Verhandlungsführer viele Möglichkeiten eröffnete. Seine sprachlich-rhetorischen Talente wurden insbesondere von ausländischen Beobachtern gerühmt.<sup>120</sup> Zugleich aber schadete Joachim sich selbst, indem er durch sein herrisches Auftreten überall Sympathien verspielte. Sein überhartes Vorgehen gegen Teile der märkischen Ritterschaft hatte ihm frühzeitig schon beim Niederadel im ganzen Reich den Ruf eines Adelsfeindes ein-

118 Christiane Schuchard: Preußen–Franken–Rom. Der Briefwechsel zwischen Hochmeister Albrecht von Brandenburg und seinen Brüdern Johann Albrecht und Gumprecht, in: Matthias Thumser (Hrsg.): Schriftkultur und Landesgeschichte. Studien zum südlichen Ostseeraum vom 12. bis zum 16. Jahrhundert, Köln 1997, S. 219–239, hier S. 238 f.; Seyboth: Markgraf-tümer, S. 396; Nolte: Familie, Hof und Herrschaft, S. 396 f.

119 GStA PK, Brandenburg-Preußisches Hausarchiv, Rep. 29 J 1, fol. 1<sup>r</sup>–2<sup>v</sup>: Joachim I. an Erzbischof Albrecht 10.12.1523 (betr. Überwindung von Schwierigkeiten, die das Magdeburger Domkapitel nach seiner früheren Bewilligung der Sache Ende 1523 noch machte).

120 Schuster/Wagner: Jugend und Erziehung, Bd. 1, S. 259–262; Schultze, Die Mark Brandenburg, Bd. 3, S. 173 f.; RTA/JR, Bd. 2, S. 514, 598, 775, 796; Hammer: Joachim I. auf dem Reichstag zu Augsburg, S. 120, 129.

gebracht<sup>121</sup>; er galt als hochfahrender, cholerischer Herrschertyp. Bezeichnend dafür ist eine Äußerung von habsburgischer Seite aus dem Kaiserwahlkampf Mitte Februar 1519. Einer der Kommissare Karls V., Maximilian Zevenbergen, schrieb damals: Dass Franz I. für den Fall seiner Wahl dem Markgrafen die Statthalterschaft im Reich versprochen habe, sei in Wahrheit ein Glück für Karl, da kein anderer der Kurfürsten dies wünsche und man noch weniger die Wahl Joachims selbst zum König bzw. Kaiser leiden werde, denn er sei ein hitzköpfiger Mann („un homme véhément“), mit dem keiner Geschäfte machen wolle.<sup>122</sup> Durch Joachims Verhalten gegenüber seinem eigenen Bruder in den Folgemonaten wurde dieser Eindruck dann noch weiter bekräftigt<sup>123</sup>, und ein neuer Höhepunkt war erreicht, als Joachim während des Wormser Reichstags 1521 im Kurkolleg in einem Aufsehen erregenden Jähzorn-Ausbruch wegen der Luthersache mit Kurfürst Ludwig von der Pfalz und Kurfürst Friedrich von Sachsen fast handgemein geworden wäre<sup>124</sup>.

Aus dem Nürnberger Reichsregiment berichtete der kursächsische Vertreter Planitz als Gegenspieler Joachims, wie dieser während seiner Session 1523 herrisch auftrat und Regeln nach Belieben außer Kraft zu setzen suchte.<sup>125</sup> Als unangenehmsten Charakterzug Joachims hob Planitz die Neigung hervor, Tatsachen zu verdrehen und Dinge wahrheitswidrig so darzustellen, wie er sie gern haben wollte – ein Wesenszug, der sich schon 1519 in Joachims Wortgefechten mit seinem Bruder Albrecht offenbart hatte<sup>126</sup>. Als unberechenbaren „Wundermann“ beschrieb Planitz den Markgrafen<sup>127</sup>, und nicht nur er und sein Herr, der sächsische Kurfürst, auch Pfalzgraf Friedrich kam damals zu dem Urteil, dass Joachim stets nur seinen eigenen Vorteil suche und als politischer Partner nicht vertrauenswürdig sei<sup>128</sup>. Selbst Ferdinand, so wusste Planitz, sei trotz der Zusammenarbeit

121 Schultze: Die Mark Brandenburg, Bd. 3, S. 180–186; Schotte: Fürstentum und Stände, S. 390–394.

122 RTA/JR, Bd. 1, S. 241.

123 Winterhager: Das Haus Brandenburg und die französische Kaiserkandidatur 1519, S. 322–329; ders.: Aus dem Schatten, S. 85–87.

124 Brieger: Aleander-Depeschen, S. 69f., 81f.; Kalkoff: Die Depeschen des Nuntius Aleander, S. 92f., 107; WA Tr, Bd. 5, S. 65, 70, 101. Vgl. RTA/JR, Bd. 2, S. 514.

125 Planitz: Berichte, S. 303–309, 329f., 335, 362f., 378, 380f., 408f., vgl. S. 399, 416, 418. Zu Joachims Einschüchterungs-Rhetorik ferner: WA Br, Bd. 5, S. 542 (Melanchthon an Luther, Augsburg 8.8.1530); Delius: Die Kirchenpolitik Joachims I., S. 26f.

126 Belege wie oben Anm. 122.

127 Planitz: Berichte, S. 353f.

128 Planitz: Berichte, S. 353, vgl. S. 338, 410. Die bleibende Spannung zu der eng mit Kursachsen kooperierenden Pfalz gehörte zu den strukturellen Schwächen kurbrandenburgischer Politik. Die auf Kosten der Wittelsbacher erfolgte Mainzer Erzbischofswahl 1514 und darauf folgende Mainz-Magdeburger Bistumskumulierung hatten Pfalz und Bayern dem Hause Brandenburg nicht vergessen. Die im Zuge der Sickingen-Fehde 1522 vollzogene, pfälzisch geführte Demütigung Erzbischof Albrechts ist nicht zuletzt vor diesem Hintergrund zu sehen; entsprechend reserviert verhielten sich Albrecht und Joachim I. 1524/26 gegenüber den Plänen einer wittelsbachischen Königskandidatur im Reich. Auch in der pommerschen Frage agierten die Pfälzer Fürsten eindeutig gegen die Ansprüche Kurbrandenburgs und stützten vielmehr das Greifenhaus, mit dem man seit 1513 dynastisch verbunden war (durch die Ehe Herzog Georgs von Pommern mit Amalie, der Schwester des Pfälzer Kurfürsten Ludwig).

mit Joachim in der Luthersache diesem nicht wirklich wohlgesonnen.<sup>129</sup> Auch in der städtischen Bevölkerung fand Joachim wenig Anklang. Planitz berichtet im März 1523 von einem durch Joachim veranstalteten Bankett, das von Nürnberger Bürgerinnen boykottiert worden sei, weil Joachim sie zuvor (solange Ferdinands Hofstaat mit den adligen Damen dagewesen sei) ignoriert habe. Der Markgraf habe sich durch dies Verhalten „vast vorschmahet“ gefühlt. Generell, meinte Planitz, habe Joachim „alhie [in Nürnberg] bei gemeinem volk nicht vill zufals“, was bei seiner impulsiv-verwirrenden Wesensart „auch nicht Bunderlich zu verwundern“ sei.<sup>130</sup>

Damit kommen wir zu zwei Schlussfolgerungen, die den Zusammenhang zwischen Joachims Persönlichkeit und seiner Politik betreffen:

**These 10:** *In seinem übersteigerten fürstlichen Selbstbewusstsein erkennt Joachim zu wenig, welche Vorteile schon im frühen 16. Jahrhundert für einen Landesherrn daraus entstehen, sich in der Öffentlichkeit ein gewinnendes Image zu geben. Ganz anders als sein Bruder Albrecht, der alles daran setzt, um als Humanistenfreund zu erscheinen, und selbst in der Luthersache seine Politik partiell nach Popularitätsgesichtspunkten ausrichtet, vertraut Joachim allzu unbekümmert auf seine herrscherliche Machtstellung und inszeniert sich eher als furchterregenden Repräsentanten einer streng ordnungsorientierten Obrigkeit.*

**These 11:** *Auch unter seinen fürstlichen Standesgenossen bleibt Joachim I. hochgradig unbeliebt, so dass man ihn – selbst unter den entschiedenen Habsburg-Gegnern – am allerwenigsten als Alternativkandidaten für die römisch-deutsche Königs- bzw. Kaiserwürde in Betracht zieht.*

Auch das Verhältnis zu religionspolitisch engen Verbündeten wie Herzog Georg von Sachsen blieb im Grunde stets reserviert: Der Albertiner war schon 1519 entgeistert gewesen über Joachims ihm ganz unverständlichen profranzösischen Kurs<sup>131</sup>; auch die Art, wie der Kurbrandenburger den lange hinausgezögerten Ehebund Joachims II. mit Magdalene von Sachsen eindeutig nur als dritte Wahl behandelte, war für Georg unerfreulich<sup>132</sup>; und als Joachims doppelter Ehebruch

<sup>129</sup> Planitz: Berichte, S. 410. Siehe ebda. S. 381: Auch der kurkölnische Vertreter, Landkomtur Ludwig von Sinsheim, klagte Ende Februar 1523, solange Fürsten vom Wesen Joachims im Regiment saßen, werde kaum Gutes ausgerichtet. – Leibetseder: Handlungsspielräume, S. 27, warnt davor, politische Handlungsweisen des Kurfürsten nur aus dessen „charakterlichen Zügen“ zu erklären und meldet quellenkritische Skepsis an gegenüber der in der Literatur häufig behaupteten „Neigung [Joachims] zu Jähzorn und Wutausbrüchen“. Es kann aber kein Zweifel bestehen, dass die Wirkung entsprechender persönlicher Eigenheiten Joachims auf die Umwelt den Erfolg seiner Politik immer wieder erheblich beeinträchtigt hat.

<sup>130</sup> Planitz: Berichte, S. 377 f., vgl. S. 346 sowie S. 389 und 399 zu Kurfürst Friedrichs (offenbar mit Schadenfreude gegenüber Joachim verbundenen) Interesse an der Sache.

<sup>131</sup> RTA/JR, S. 704–706, vgl. S. 831.

<sup>132</sup> Siehe die heftigen Klagen über Joachims Hinhaltetaktik (während er offenbar noch immer das französische Heiratsprojekt im Auge hatte) im Brief Herzog Georgs an Erzbischof Albrecht, Ende Mai 1524: Schuster/Wagner, Jugend und Erziehung, Bd. 1, S. 546, vgl. S. 535–545.

rchbar wurde, gehörte der sittenstrenge Georg zu dessen frühesten Kritikern<sup>133</sup>. Das ohnehin schon lädierte Ansehen des Kurbrandenburgers wurde durch jene Ehe-Affären endgültig ruiniert, zumal in den medialen Folgeattacken nun auch Joachims Neigung zur Astrologie und sein angeblicher Umgang mit Zauberei und Teufelswerk zum Gegenstand des Spottes wurden.<sup>134</sup> In Luthers Tischreden jener Jahre spiegelt sich das auf reformatorischer Seite verbreitete Bild eines gottlos-unzüchtigen Tyrannen, der in Hurerei gelebt habe und – den schwarzen Künsten ergeben – „mit dem teuffel umgangen“ sei.<sup>135</sup>

Im Vergleich zu den maßlosen Schmähungen, die Luther gegen Herzog Georg von Sachsen und nach 1530 auch gegen Erzbischof Albrecht ausstieß<sup>136</sup>, blieb er indes in seinem Urteil über den Kurbrandenburger noch zurückhaltend: In einem Gottesdienst zu Allerheiligen 1534 forderte Luther – in Anwesenheit von Joachims Gattin und ihrer Tochter Elisabeth – die Gemeinde auf, für den Kurfürsten zu beten; denn obwohl er einer der ärgsten Feinde der Reformation sei, habe er doch zumindest kein Blut der Evangelischen an seinen Händen – im Unterschied zu Herzog Georg und Erzbischof Albrecht, die wahre, vom Teufel besessene „Bluthunde“ seien und die Gott „in abgrunt der hellen stossen“ möge.<sup>137</sup> Solch öffentliche Nuancierung hinderte Luther freilich nicht, in privaten Briefen im gleichen Jahr dem Markgrafen als Strafe Gottes einen raschen Tod zu wünschen<sup>138</sup> – ein Wunsch der sich bald schon, im Juli 1535, erfüllen sollte.

Vom frühen Glanz, vom selbstgewissen „Deus pro nobis“ des jungen Hohenzollernfürsten, war in der öffentlichen Wahrnehmung am Ende nicht viel übrig geblieben. Gewiss: Nach außen hin hatte Joachim I. auf den Reichstagen 1530 und 1532 noch einmal große Auftritte gehabt, die seinem Selbstgefühl als Herrscher entsprachen<sup>139</sup> und Gelegenheit gaben, scheinbar den Gang der Historie mitzubestimmen. In Wahrheit aber konnte Joachim auch in diesen letzten Jahren

133 Herzog Georg hielt dem Kurfürsten vor, dass er mit seiner Unmoral der gemeinsamen Sache der Verteidigung des alten Glaubens Schaden zufüge, indem man bei den Lutheranern sein „gestreng halten über christlicher ordnung diste vorachtlicher halten und [...] diste leichter vortilgen“ werde: Felician Geß: Herzog Georg, Kurfürst Joachim I. und Kardinal Albrecht, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 13 (1892), S. 119–125, hier S. 122f.; Geß: Akten und Briefe, Bd. 2, S. 676–678.

134 Bei Luther entsprechende Anspielungen zuerst im Brief an Joachim I. vom 8.8.1528: WA Br, Bd. 4, S. 512f.

135 WA Tr, bes. Bd. 3, S. 515f., Bd. 4, S. 18f., Bd. 5, S. 162, 311. Vgl. schon WA Br, Bd. 2, S. 335 sowie WA Tr, Bd. 1, S. 168, 225, 327f., Bd. 2, S. 56, 124, 429.

136 Vgl. Ingetraut Ludolphy: Die Ursachen der Gegnerschaft zwischen Luther und Herzog Georg von Sachsen, in: Luther-Jahrbuch 32 (1965), S. 28–44; Winterhager: Albrecht von Brandenburg im Urteil seiner Zeitgenossen, S. 157–163, 167.

137 Jadatz/Winter: Akten und Briefe, Bd. 3, S. 824f., Bd. 4, S. 71; WA Br, Bd. 7, S. 134–139, 141–144, 146f. Herzogin Elisabeth (Gattin Herzog Erichs von Braunschweig-Kalenberg: s.o. Anm. 83) befand sich in Wittenberg zum Besuch ihrer damals im kursächsischen Exil dort weilenden Mutter Elisabeth.

138 WA Br, Bd. 7, S. 58f. (Briefe an Georg Spalatin und an Nikolaus Hausmann, 12.4.1534).

139 Auch der im März 1535 zwischen Joachim I. und dem Polenkönig Sigismund geschlossene Heiratsvertrag für die zweite Ehe des Kurprinzen Joachim II. (nach dem Tod von dessen erster Frau, Magdalene von Sachsen, 1534) mit der polnischen Prinzessin Hedwig stellte noch einmal einen außenpolitischen Erfolg für den Kurfürsten dar (CDB, Bd. III/3, S. 406–411), wenssion er die Hochzeit selbst im September 1535 nicht mehr erleben sollte.

kaum prägend wirken, und die Verdunkelung seines Bildes bei den Zeitgenossen wie auch der Nachwelt war nicht mehr revidierbar.

**These 12:** *Für den Gesamtverlauf der brandenburgischen Geschichte ist die Regierungszeit Joachims I. in gewisser Hinsicht Episode geblieben. Durch die behutsame, aber letztlich entschiedene Revision der märkischen Politik, die seine Söhne nach des Vaters Tod vollzogen – insbesondere die Neuausrichtung in der epochenprägenden konfessionellen Frage –, wurde die regional- und reichspolitische Stellung Kurbrandenburgs grundsätzlich neu definiert. Der umsichtigermaßen maßvolle Kurs Joachims II. ließ die politischen Missgriffe und moralischen Defizite des Vaters bald vergessen und führte Brandenburg aus drohender Randständigkeit in eine zentrale, vermittelnde Position im Netzwerk der Reichspolitik.<sup>140</sup> Auch der eine, bleibende reichspolitische Erfolg der Ära Joachims I. – die herrschaftliche Verankerung des Hauses Brandenburg in den Stiften Magdeburg und Halberstadt – hat nur dadurch historische Nachhaltigkeit im Sinne des territorialen Zugewinns erlangen können, dass Joachim II. zur Reformation übertrat und dies zugleich verband mit einer geschickten, kaiserorientierten Reichs- und Religionspolitik. Als ebenso bedeutsam erwies sich langfristig der von Joachim II. (wiederum abweichend vom Vater) neu fundierte enge dynastische Bund mit Herzog Albrecht von Preußen, durch den auch hier, im Nordosten, die spätere Gebietsausweitung Brandenburgs vorbereitet wurde.<sup>141</sup> So war es Joachim II., der – in manchem aufbauend auf der Politik des Vaters, im Wesentlichen aber diese revidierend – die Weichen für den weiteren Gang der brandenburgischen Geschichte stellen sollte.*

<sup>140</sup> Dazu im breiteren Kontext: Albrecht Pius Luttenberger: Glaubenseinheit und Reichsfriede. Konzeptionen und Wege konfessionsneutraler Reichspolitik (1530–1552) (Kurpfalz, Jülich, Kurbrandenburg) (= SHKBA 20), Göttingen 1982. Ferner jetzt mit überzeugend anderer Akzentuierung die profunde Studie von Andreas Stegmann zu Joachim II. im vorliegenden Band.

<sup>141</sup> Hubatsch: Albrecht von Brandenburg-Ansbach, bes. S. 230–232; Iselin Gundermann: Kurfürst Joachim II. von Brandenburg und Herzog Albrecht von Preußen, in: Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte 41 (1990), S. 141–164. Vgl. Leibetseder: Handlungsspielräume, S. 18–20.